

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

8.5.1930 (No. 125)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2,80 Mk. frei ins Haus, 2,70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt. M. 2.50 durch die Post ohne Postgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Belegagen: Kauf u. Woffen, Gesamtwirtschaft, Wäcker für den Familienhaushalt, Was der halbe Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Wäcker, Kaffeebeilage, Wäcker, Gesellschaftliche, Reklamation u. Verlag: Steinstr. 17-21
Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237, Druckerei: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenheft 10 Pfg., anwärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 8 Pfg. bis 8 gesp., 27 mm breite mm-Zeile im Reklametal 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsunmöglichkeiten, zwangsweiser Einstellung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5/1 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Nr. 125 (10 Seiten)

Karlsruhe, Donnerstag, den 8. Mai 1930

68. Jahrgang

Die industrielle Weltkrise

64 000 Automobile weniger von General Motors abgesetzt

Neuwerk, 7. Mai. (Eig. Drahtber.)

Der Abschluß der General Motors für das 1. Quartal 1930 enthält die Mitteilung, daß nur 368 635 Wagen gegen 523 119 Wagen im ersten Quartal 1929 abgesetzt wurden. Der effektive Verkauf war 64 000 Wagen geringer als damals. Der Bericht besagt, daß die überseeischen Staaten infolge gedrückter Wirtschaftslage weit weniger kauften und daß die Bestände an unverkauften Wagen auch in der nächsten Zeit eine sehr verminderte Ausfuhr als notwendig erscheinen lassen.

Entlassungen im Ruhrbergbau

Eine Eingabe der Betriebsräte an den Arbeitsminister.

Berlin, 7. Mai. (Eig. Meld.) Die gesamten Betriebsräte der Vereinigten Stahlwerke, Gruppe II, Abteilung Bergbau in Bochum, nahmen zu den Feierlichkeiten und Massenentlassungen im Bergbau Stellung. Vertreten waren der Bergbauindustriearbeiterverband, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, der Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Reichsverband der Bergbauangestellten. Sie richteten eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister, in der es heißt: Die gesamten Betriebsräte der Vereinigten Stahlwerke, Gruppe II, Abteilung Bergbau, Bochum, geben dem Herrn Reichsarbeitsminister und der gesamten Reichsregierung kund, daß sie sich das weitere Einlegen von Feierlichkeiten und die Massenentlassungen der Bergarbeiter unter keinen Umständen weiter gefallen lassen können. Sie fordern von der Reichsregierung energische und gefühlvolle Maßnahmen, die den Bergarbeitern ein erträgliches Dasein ermöglichen. Die Ruhrindustriellen haben vor einiger Zeit sehr hohe Reichssubventionen erhalten, ebenso im vergangenen Jahr sehr hohe Gewinne erzielt, so daß es ihnen auch ohne Feierlichkeiten und Massenentlassungen möglich ist, über die vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Betriebsräte bitten die Reichsregierung um gefühlvolle Maßnahmen, wonach die Betriebsräte beim Einlegen von Feierlichkeiten bzw. Kündigungen ein Mitbestimmungsrecht haben. Werden von der Reichsregierung geeignete Maßnahmen gegen die Feierlichkeiten und Massenentlassungen nicht ergriffen, so müssen die Betriebsräte die Verantwortung für die Folgen, die sich aus der steigenden Not ergeben, ablehnen.

Die Zurückziehung der Truppen in der dritten Zone

Wiesbaden, 7. Mai. (Eigene Meldung.) Wenn auch der Plan für die endgültige Räumung der dritten Zone zur Stunde noch nicht vorliegt, so werden die Anzeichen der bevorstehenden Räumung doch immer deutlicher bemerkbar. Zum größten Teil befreit sind jetzt die Orte Bad Kreuznach, Atrn, Sobernheim, Birkenfeld, Oberstein, Dard und Türkismühle. Jedoch sind noch zurückgelassen in Bad Kreuznach 11 Gendarmen, 5 Beamte der Surette, 1 Bahnhofskommandant und ein Telegraphist, in Atrn 4 Gendarmen, in Sobernheim 1 Telegraphist, in Birkenfeld 4 Gendarmen, in Oberstein 4 Gendarmen und 1 Telegraphist und in Türkismühle 5 Armeeangehörige, die als Bahnhofsbedienstete verwendet werden.

Neurath — Botschafter in London

Dr. Sch. Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtber.)

Der deutsche Botschafter in Rom von Neurath ist heute in Berlin eingetroffen und vom Reichspräsidenten empfangen worden. Die Berliner Reise des Botschafters steht im engsten Zusammenhang mit dem bevorstehenden Revirement im diplomatischen Dienst, das bekanntlich die Uebnahme des Londoner Botschafterpostens durch Herrn von Neurath vorsieht. Botschafter von Neurath hat große Bedenken gegen seine Veretzung nach London und man muß ohne weiteres zugeben, daß viele Bedenken gerechtfertigt sind. Nach Auffassung aller objektiv urteilenden politischen Kreise hat es Herr von Neurath in Rom verstanden, sich eine ausgezeichnete Stellung zu verschaffen, die dem Reich schon wiederholt außenpolitische Vorteile gebracht hat. Ein Rückschlag wäre daher im außenpolitischen Interesse sehr zu bedauern. Wie verlautet, haben aber die Bedenken, die Herr von Neurath auch heute im Reichspräsidentenpalais vorgebracht hat, den Reichspräsidenten von seinem entschiedenen Wunsche nicht abzubringen vermocht. Der Wunsch des Reichspräsidenten wie des Auswärtigen Amtes ist es, die Londoner Botschaft, die wichtigste Auslandsvertretung Deutschlands, mit dem derzeitigen deutschen Gesandten in Rom zu besetzen. Es dürfte

Einigung über die Dthilfe im Reichskabinett

Berlin, 7. Mai. Das Reichskabinett setzte heute nachmittags unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther die Erörterung über das Dthilfegesetz fort.

Die Beratungen führten zu einer grundsätzlichen Einigung, auf Grund deren die endgültigen Gesetzentwürfe unter Führung des Reichsministeriums des Innern in den nächsten Tagen vorgelegt werden sollen. Das Reichskabinett wird alsdann am nächsten Mittwoch über die endgültige Gestaltung des Gesamtprogramms Beschluß fassen.

Das Gesamtprogramm der Dthilfe erstreckt sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren. Die Ausführung richtet sich natürlich nach den jeweiligen Staatsverhältnissen. Es ist deshalb nötig, daß in jedem Jahr ein besonderer Voranschlag gemacht wird und ähnlich wie beim Bau eines Panzerschiffes immer eine Rate in den Etat eingestellt wird. Das erste Stadium der Durchführung bildet das Sofortprogramm, über das dem Reichstag gleichzeitig mit dem Rahmengesetz ein Entwurf zugehen wird. Damit bleibt es also bei dem bereits angekündigten Schritt zwischen Dthilfe und parlamentarischer Verabschiedung des Etats.

Briand reist nach Genf

Paris, 7. Mai. Außenminister Briand reist am kommenden Sonntag nach Genf, um an der am 12. Mai beginnenden Völkerbundsratsstagung teilzunehmen. Er wird, wie der „Reitli Parisien“ berichtet, dort Verhandlungen mit den Staatsmännern der anderen Länder, darunter auch mit Reichsaußenminister Dr. Curtius, haben. Die erste Fühlungnahme werde bereits am Freitag in Paris erfolgen, da Briand an diesem Tage mit dem englischen Außenminister Henderson, der auf der Duréree Paris verbleibt, am Quai d'Orsay zusammenkommt. Man jagt vielleicht nicht zuviel, wenn man die Annahme vertritt, daß einer der Hauptpunkte ihrer Unterredung die Frage der bundesstaatlichen Organisation Europas sein werde, die Briand im September v. J. in Genf selbst aufgeworfen habe, und die er in einem demnächst an alle europäischen Regierungen zu versendenden Fragebogen im Einzelnen behandeln werde.

Lardieu verdrängt es mit den linksgerichteten Elsässern

Paris, 7. Mai. (Eig. Drahtber.)

Ministerpräsident Lardieu steuert in der elsässischen Politik einen Kurs, der ihm offensichtlich die Sympathie der linksgerichteten Elsässer entfremdet. Es sind die Linksdemokraten, vor allem aber die Sozialisten, die ihm verübeln, daß er den bisherigen Präfecten des Departements Niederhein, B o r r o m e e, abgesetzt bzw. ins Ministerium berufen und dafür Roland M a r c e l an seine Stelle gesetzt hat. Die Qualität zu diesem Posten, so schreibt die linksstehende Presse, liegt nur darin, daß Roland Marcel Lardieu treu ergeben ist. Die Frankophilen im Elsaß setzen sich aus Linkstendenzen und Rechtsstehenden zusammen, von denen die letzteren manche Opfer brachten, um mit der Linken die „Heimatreue“ oder Autonomisten niederhalten zu können. In der letzten Zeit hat sich die autonomistische Woge verlaufen, und es war angehängt worden, daß die beiden katholisch gesinnten Gruppen, die „Heimatreue“ und die „französischnationale“, sich wieder zusammenfinden wollten. Dadurch würden sie natürlich zur unbestrittenen Mehrheit werden. Die politischen Motive Lardieus bei der Venderung in der Besetzung des Präfectenpostens könnten diesem zukünftigen Status jetzt schon Rechnung tragen, um so mehr, als nach andere Präfectenveränderungen der gleichen Art bekannt geworden sind.

Die Rassen- und Finanzsanierung

nach den Beschlüssen des Reichstages

Von Dr. Föhr, M. d. R.

I.

An den Beschlüssen des Reichstages wurde von seiten der Opposition schärfste Kritik geübt. Nachfolgend soll zu den hauptsächlich angefochtenen Punkten Stellung genommen werden.

1. Die Tabak- und Zucksteuer.

Die Stundungsfrist bei der Tabaksteuer wurde nicht von 3/2 auf 2, sondern nur auf 3 Monate verkürzt. Die Steuerlöhner wurden beibehalten. Dafür ist jedoch ein Verwaltungs-kostenbeitrag in Höhe von 1/2 Prozent des Steuerwertes zu entrichten. Damit hat der Reichstag den Bedenken der Zigarrenindustrie weit hin Rechnung getragen. Es ist dies geschehen, einmal weil es nicht die Absicht des Reichstages sein konnte, dieses Gewerbe eventuell teilweise in einen Zusammenbruch hineinzuführen, zum andern, weil eine Krise dieses Gewerbes mit der daraus folgenden Arbeitslosigkeit gerade die Arbeiterchaft wieder stark geschädigt hätte. Daß die Sozialdemokratie für diese Gedankengänge kein Verständnis aufbrachte, ist unverständlich und verdient gerade von der Arbeiterchaft wohl beachtet zu werden. Hier mußten die Interessen der Zigarrenarbeiter gegen die Sozialdemokratie verteidigt werden.

Die Zahlungsfrist bei der Zucksteuer beträgt künftig mindestens einen, höchstens zwei Monate.

2. Ee- und Kaffeezoll.

Diese erhöhte Belastung der weitesten Verbraucherkrüchten hinsichtlich wohl eines der unentbehrlichsten Getränke wurde noch vom Kabinett Müller auf dem Verordnungswege durchgeführt. Es ist mehr als auffallend, daß die Kritik der Sozialdemokratie hieran vollkommen vorüber gegangen ist. Und doch bedeutet auch diese Zollerhöhung zu rein fiskalischen Zwecken eine Mehrbelastung der Verbraucher um jährlich Millionen Mark. Da diese Belastung der breiten Massen jedoch noch auf Konto des Kabinetts Müller geht, hat die Sozialdemokratie nichts daran auszuweichen, sie hülfte sich in Schweigen. Daraus kann man ersehen, wie sich die Sozialdemokratie dem ganzen Steuerprogramm gegenüber verhalten hätte, wenn die Einigung innerhalb der großen Koalition nicht an der Regelung der Arbeitslosenversicherungfrage gescheitert wäre. Daraus ersehen man aber auch, was von dem „sozialreaktionären“ Geschrei der Sozialdemokratie zu halten ist.

3. Die Aufbringungsumlage.

Diese Steuer wurde entsprechend der Vorlage des Kabinetts Müller verabschiedet. Der Abbau der Industriebelastung entspricht dem Youngplan und dem Hilferding'schen Programm vom November, das die Sozialdemokratie im Plenum des Reichstages angenommen hat. Trotzdem hat sich jetzt auf einmal die Sozialdemokratie gegen den Abbau gewehrt und die Freistellung von jährlich 50 Millionen Mark für die Kleinrentner beantragt. Nachdem die Sozialdemokratie in den zwei Jahren ihrer Regierungstätigkeit, wo sie sowohl den Finanz- als Arbeitsminister stellte, für die Kleinrentner nichts getan hat, ist leicht zu erkennen, was von dieser Forderung zu halten ist, deren sich die Sozialdemokratie erst erinnerte, als sie wieder zur Opposition übergegangen war. Uebrigens wird Gelegenheit sein, der Kleinrentner zu gedenken, wenn die Steuerentlastungsgeetze im Sommer zur Beratung stehen.

4. Benzinzoll und Mineralölsteuer.

Hier setzte die Kritik zunächst daran ein, daß auch das Petroleum, das Leuchtöl, unter die Zollerhöhung fällt. Sehr gerne hätte das Zentrum das Petroleum frei gelassen. Dies ging jedoch nicht. Dadurch wäre ein Ausfall von jährlich 7 Millionen entstanden. Weit schlimmer wäre jedoch gewesen, daß dadurch möglicherweise eine Umstellung in der Betriebsstoffherzeugung hervorgerufen worden wäre, da die Freilassung sich lediglich an das spezifische Gewicht des Deles knüpfen sollte. Schließlich wird Petroleum vielfach von den Kraftoren benutzt, die man nicht frei lassen wollte. Das beschlossene Geley bedeutet eine Etappe auf dem Wege zur Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer von der Rausch- zur Betriebsstoffsteuer. Deshalb wurde der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer von 15 auf 10 Prozent abgebaut. Um den Uebergang für die Vielfahrer zu erleichtern, wurden die Kraftdrohnen auch von diesem zehnprozentigen Zuschlag zu der Kraftfahrzeugsteuer befreit.

Zum Ausgleich für die Zollerhöhung wurde die Inlandsproduktion mit einer Ausgleichsteuer, der sogenannten Mineralölsteuer, belegt in Höhe von 3,80 Mark. Dieselbe ist also etwas niedriger als der Zoll. Die Regierung ist aber ermächtigt, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung die Mineralölsteuer zu erhöhen oder zu erniedrigen. Dies ist geschehen, um die heimische Produktion nicht mehr zu belasten, als die Zollerhöhung sich in den Preisen des Auslandsangebots auswirkt.

5. Mineralwassersteuer.

Diese an sich wenig sympathische Steuer wurde in der durch das Kabinett Müller vorgelegten Form verabschiedet. Tugend welche Befreiungen, etwa für Krankenhäuser u. dgl. waren aus technischen Gründen unmöglich, da dann die Er-

hebungskosten in keinem tragbaren Verhältnis zum Ertrag dieser Steuer mehr gestanden hätten.

6. Biersteuer.

Vor einem Jahr hat der Reichsfinanzminister Silberding eine 50prozentige Erhöhung der Biersteuer, das Kabinett Müller sogar eine 75prozentige dem Reichstag vorgeschlagen. Die Sozialdemokratie hat stets die Biersteuererhöhung verteidigt. Nachdem sie in Opposition gegangen war, entdeckte sie auf einmal, daß diese Steuer die breiten Massen trifft und territorial ungleich belastet, insbesondere Bayern ungerecht trifft. So hat der Abgeordnete Simon im Steuerauschuß des Reichstags die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie begründet.

Was die Belastung der Massen angeht, wird hier zweifellos zutreffen, daß es sich um ein entbehrliches Getränk handelt und die Biersteuer bei weitem nicht so tragisch zu nehmen ist wie der vom Kabinett Müller durchgeführte Kaffee- und Teezoll. Aber der Kompromiß der hinter der Regierung stehenden Parteien ermächtigte ja die Biersteuererhöhung gegenüber dem Vorschlag des Kabinetts Müller derart, daß sie je nach dem Ausstoß zwischen 40 und 47 Prozent schwankt und im Durchschnitt etwa 43 Prozent beträgt. Damit bleibt die durch den Reichstag beschlossene Erhöhung beträchtlich hinter der Vorlage des Kabinetts Müller und noch bedeutend hinter der 50prozentigen Erhöhung, wie sie Dr. Silberding vorschlug, zurück. Dabei ist zu beachten, daß nunmehr die Steuererhöhung auf 1 Liter nur 3,75 Pfennig ausmacht, also auf 1/4-Liter-Glas nicht mehr wie 1 Pfennig Steuererhöhung kommt, was zweifellos die Verbraucher vor ungerechtfertigtem Mehrverbrauch schützt.

Was den Einwand der territorial ungleichen Belastung angeht, so ist er zweifellos sowohl gegenüber dem Vorschlag des Kabinetts Müller wie dem des Herrn Reichsfinanzministers Silberding berechtigt. Der Reichstagsbeschluß hat jedoch auch diese Bedenken ausgeräumt.

Nach der Regierungsvorlage wären von den 670 Millionen Gesamtbiersteuereinkommen, berechnet nach dem Bierkonsum, von Bayern aufzubringen gewesen 174,2 Millionen, da die Bierproduktion Bayern, gemessen an der Reichsproduktion, 28 Prozent und der Bierkonsum in Bayern 26 Prozent ausmacht. Von diesem Biersteuereinkommen wären 67 Millionen nach Bayern zurückgeflossen, so daß Bayerns Anteil an der Reichsbiersteuer 107,2 Millionen betragen hätte. Da die Bevölkerungszahl Bayerns jedoch nur 11 Prozent ausmacht, wäre es dem Reichsdurchschnitt entsprechend nur mit 73,7 Millionen zu belasten gewesen, so daß sich effektiv also für Bayern eine Sonderbelastung aus der Biersteuer in Höhe von jährlich 33,5 Millionen ergeben hätte. Daß ein an Einkommenssteuereinkommen so armes Land wie Bayern sich dagegen zur Wehr setzte, ist nicht nur verständlich, sondern auch berechtigt.

Nach dem mit der Bayerischen Volkspartei vereinbarten und mit Hilfe der Stimmen des Bayerischen Bauernbundes durch Reichstagsbeschluß zum Gesetz erhobenen Kompromiß liegt die Sache jetzt ganz anders. Von 560 Millionen Biersteuereinkommen werden durch den bayerischen Konsum 143 Millionen aufgebracht, davon werden 67 Millionen an Bayern rückvergütet, so daß die Leistung Bayerns an das Reich in Form von Biersteuern 76 Millionen Mark beträgt. Dem Reichsdurchschnitt entsprechend hätte Bayern nur 60,5 Millionen aufzubringen, so daß seine Vorbelastung jetzt nur 15,5 Millionen beträgt, die aber durch Mehrüberweisungen an Bayern nach § 35 des Finanzausgleichsgesetzes ausgeglichen werden.

Daß die Regierung Brüning in diesem Punkte mit sich reden ließ und dem Kompromiß mit der Bayerischen Volkspartei zustimmte, ist also keineswegs ein Zeichen der Schwäche, ein Nachgeben an unberechtigten Interessen gewesen, sondern vielmehr Berücksichtigung gerechter Forderungen, welche das Kabinett Müller bedauerlicherweise außer acht gelassen hat. So sind durch den Kompromiß die Bedenken, welche nachträglich die Sozialdemokratie gegen die Biersteuererhöhung entdeckte und im Steuerauschuß vortrug, ausgeräumt worden. Man hätte erwarten dürfen, daß die Sozialdemokratie in Anerkennung dessen dem Gesetz die Zustimmung gegeben hätte. Das Gegenteil war der Fall. Offenbar, weil nicht sachliche Gesichtspunkte ausschlaggebend waren, sondern das hemmungslose Bedürfnis, schnell vor der drohenden Reichstagsauflösung noch einiges Agitationsmaterial von der Art „Bangerkreuzer — Kinderpeinigung“ zu schaffen und damit die politischen Taten während der 21 Monate Regierung Müller zuzudecken.

Schamlose Aufspießung der Arbeitslosen

Dr. Sch. Berlin, 7. Mai. (Fig. Drahtber.)

Von sozialdemokratischer Seite wird neuerdings wieder in geradezu ungläubiger Weise gegen die Reichsregierung agitiert und behauptet, das Kabinett Brüning wolle die Arbeitslosenversicherung zerbrechen. Erst kürzlich hat der sozialdemokratische Abg. Aufhäuser im „Vorwärts“ einen Artikel veröffentlicht, der diese Behauptung enthält. Angesichts der Tatsache, daß die Regierung im Etat für Zwecke der Arbeitslosenversicherung 735 Millionen onfordert, ist es ein starkes Stück, zu behaupten, die Regierung Brüning beabsichtige, die Arbeitslosenversicherung abzubauen. Schämt man sich denn im sozialdemokratischen Lager nicht, derartige ungeheuerliche Behauptungen aufzustellen, die doch nur den Zweck haben, die Erwerbslosen in verantwortungsloser Weise aufzuspießen? Die Ausführungen des Zentrumsgesandten Erling in seiner kürzlich gehaltenen Etatsrede, wonach alsbald eine sozial gerechte und wirtschaftlich tragbare Lösung der Arbeitslosenversicherungsfrage herbeigeführt werden müsse, legt Aufhäuser so aus, als ob damit ein Abbau der Arbeitslosenversicherung gefordert würde. Die Bemerkung, daß eine wirtschaftlich tragbare Lösung gefunden werden müsse, sollte auch von einem sozialdemokratischen Abgeordneten richtig verstanden werden. Mit Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit haben derartige Ausführungen nichts zu tun und es würde um die deutsche Sozialpolitik schlecht bestellt sein, wenn diejenigen ihre treuesten Beschützer wären, die es fertig bringen einen solch unmehrhaftigen Kampf zu führen.

Handgranaten in Kinderhänden

Straß, 7. Mai. Von Kindern, die im Garten des Grundschulhauses Landesamt 57 spielten, wurden gestern nachmittags

Der Eucharistische Weltkongress von Karthago

Tunis, 7. Mai. (Fig. Ber.)

Die Teilnehmer des Eucharistischen Weltkongresses, die in Tunis vor dessen Eröffnung eingetroffen sind, liegen es sich nicht nehmen, hinaus nach den Ruinen der Bischofsstadt Karthago zu pilgern und besonders die Ruinen der christlichen Basiliken zu besichtigen. Die Behörden der Regentenschaft haben die Straßen instandgesetzt, um den Besuch zu erleichtern. Die Bevölkerung, sowohl die Muhammedaner als die Juden, ist voller Wohlwollen gegenüber den Katholiken, denen Zimmer und kleine Häuser zur Unterkunft angeboten werden. In der Kathedrale von Tunis, die innen mit lauter französischer Fahnen dekoriert ist, hat der Erzbischof von Paris, Kardinal Verdier, in Gegenwart von zehn Bischöfen die Fresken über dem Hauptaltar eingeweiht, die den Ruhm des hl. Vincenz von Paul verkünden.

Die italienische Fluggesellschaft Aerea Mediteranea hat für den Verkehr zwischen Palermo und Rom einerseits und Tunis andererseits einen täglichen Dienst mit mehreren Flugzeugen eingerichtet. Teilnehmer am Eucharistischen Kongress, die sich vom Organisationskomitee die nötige Legitimation verschafft haben, erhalten bei Hin- und Rückflug eine Ermäßigung von 50 Prozent. Mehrere Bräuteln haben diese Fluggelegenheit benützt, ferner eine größere Anzahl Mitglieder des österreichischen Hochadels. Die Italiener von Tunis, die eine große Kolonie bilden, haben dafür gesorgt, daß alle italienischen Bischöfe, die am Kongress teilnehmen, Automobile für die Fahrten zwischen Karthago und Tunis zur Verfügung haben.

Das italienische Blatt „Unione“, das faschistische Ideen vertritt, veröffentlicht aus eigenen Stücken Aufrufe an die Katholiken, durch Glauben und Frömmigkeit den Fremden, die zum Kongress kommen, zu zeigen, daß der Italiener nichts anderes als ein römischer Katholik sein könne.

Es ist sicher, daß die Zahl der Italiener auf dem Kongress jene aller anderen Nationen überwiegen wird, von denen etwa 40 vertreten sein werden. Es ist auch eine Beteiligung aus Südafrika, aus der Kongokolonie, aus Liberia und aus Tripolitanien gesichert. Man erwartet die Ankunft des apostolischen Delegaten für Afrika, Mons. Selsley, der erst dieser Tage in Rom nach einer langen Aftarkreise eingetroffen ist und zu dessen Sprengel fast zwei Drittel des „Schwarzen Kontinents“ gehören.

Die polnische Beteiligung am Eucharistischen Kongress umfaßt etwa 70 Geistliche mit Kardinal Siond und 6 Bischöfen und 130 Laien, darunter 40, die in Frankreich ihren Wohnsitz haben. Es ist eine eigene polnische Sektion geschaffen worden, die auf dem Kongress drei Referate erstatten wird: „Die Eucharistie und das Werk der Wiedervereinigung der Kirchen“, „Das Eucharistische Leben in Polen“ und „Die Eucharistie im religiösen Leben der polnischen Auswanderer“.

Eigene Schiffe des Papstes?

Mailand, 7. Mai. Die Abreise des Kardinals Lepicier wirkt laut „Corriere della Sera“ wieder die Frage der Seeverbindungen der Vatikanstadt auf. Bekanntlich hat der Papst von einer privaten Schiffsahrtsgesellschaft das Recht, eigene Schiffe zu besitzen. Die Frage könnte auf dem Wege einer Marinekonvention, die mit Italien abzuschließen wäre, gelöst werden. Voraussichtlich wird das ganze Problem in naher Zukunft von den Beteiligten besprochen werden. Falls der Papst den Beschluß fassen würde, eine Reise zur See zu unternehmen, so würde es nach der gleichen Zeitung sicher sein, daß die Katholiken der ganzen Welt sich eine Ehre daraus machen würden, ihm ein Schiff zu schenken.

Gandhi an den Vizekönig

Nairobi, 6. Mai. In einem zweiten Brief Gandhis an den Vizekönig, den Gandhi am Vorabend seiner Verhaftung verfaßt hat, heißt es u. a.:

Ich kenne die Gefahren, die die von mir angenommene Methode heileit, aber das Land wird das, was ich will, nicht misshandeln. Ich sage, was ich will und was ich denke. Der einzige Weg, um Gewalt zu beseitigen, ist durch reine Nichtgewalt. Wenn trotz wiederholter Warnungen Leute zur Gewalt greifen, so muß ich die Verantwortung dafür ablehnen. Sehen Sie eine gewalttätige Erhebung vor? Die Geschichte wird das Urteil fällen, daß die britische Regierung, die die Nichtgewalt nicht ertrug, weil sie sie nicht verstand, die menschliche Natur zur Gewalt antrieb, der sie zu begegnen mußte. Gandhi schließt mit dem Erläutern an den Vizekönig, die Salzsteuer aufzuheben. Das Schreiben, das mit der Adresse: „Lieber Freund“ beginnt, endet mit den Worten: „Ihr aufrichtiger Freund M. K. Gandhi“.

Eine Warnung aus Indien

Paris, 7. Mai. Bei der Handelskammer in Koubat ist ein Telegramm aus Delhi eingegangen, dessen Inhalt von dem französischen Handelsattaché in Indien bestätigt worden ist. Danach sei bei der Lieferung von Stoffen und Waren nach Indien größte Vorsicht zu beobachten, da die Waren infolge des Boykotts der ausländischen Erzeugnisse wahrscheinlich nicht abgeliefert werden können und die Lieferungen zurückgewiesen werden.

Die Wirkung der Verhaftung Gandhis auf die Inder in Afrika

London, 7. Mai. „Times“ melden aus Nairobi: Von den Indern in ganz Ostafrika wurde der Dienstag wegen der Verhaftung Gandhis als Trauertag begangen. Die mohammedanischen Inder nahmen daran teil. Es wurden Umzüge und Versammlungen veranstaltet, die ohne Störungen verliefen.

Aus Johannesburg berichtet „Times“, daß die indische Kongresspartei alle Inder aufgefordert hat, am Donnerstag zum Zeichen der Trauer die Läden zu schließen und an den geplanten Versammlungen teilzunehmen.

Die russisch-polnische Spannung dauert fort

Moskau, 7. Mai. (Fig. Drahtber.)

Die Note der Laß-Agentur, die ins Ausland verbreitet wurde, läßt die Aufzählung der Kundgebungen aus rund 80 russischen Städten fort, die sich scharf gegen die „Provokationen der polnischen Faschisten“ und ihrer „Freunde, den russischen Weisgardisten“ wenden. In diesen Kundgebungen heißt es mit merkwürdigem Gleichklang, der auf eine Inspiration von oben her zurückzuführen ist, daß die „Spannung“ zwischen der Sowjetunion und Polen trotz der polnischen „Erklärungen“ fortbesteht und daß die Entfremdung der russischen Weisgardisten aus Polen von der Sowjetregierung als Minimum gefordert werden müsse. In der „Pravda“ wird sehr scharf mit der polnischen Presse polemisiert, weil diese die früheren russischen Forderungen, die weit über das erwähnte Minimum hinausgehen, kategorisch abgelehnt hat.

Die russische Flotte im Schwarzen Meere soll vermehrt werden

Moskau, 7. Mai. (Fig. Drahtber.)

Die „Zvezditsja“ zitiert eine Reihe Londoner Pressestimmen, die behauptet hätten, daß aus der Ostsee sich weitere russische Kriegsschiffe ins Schwarze Meer begeben würden und daß England das nicht dulden dürfe, und bemerkt dazu, jeder wahrhafte Freund des Friedens müsse eigentlich zutiefst sein, wenn aus der Ostsee Kriegsschiffe entfernt werden, um sich in das Becken des Schwarzen Meeres zu begeben, wo sie niemand gefährlich werden könnten, auch Rumänen und Bulgaren nicht, die in der Londoner Presse genannt worden waren. Ausland habe das Recht, seine Küste des Schwarzen Meeres, die in gewisser Hinsicht noch mehr bedroht sei, als jene der Ostsee (wegen ihrer industriellen und kommerziellen Bedeutung) zu schützen, und es habe sich, um das zu verwirklichen, nur mit der Türkei zu verständigen, der der Zugang zum Schwarzen Meer gehöre. Die „Zvezditsja“ bestätigt damit ausdrücklich, daß die russische Flotte im Schwarzen Meere wirklich verstärkt wird.

Ausschreitungen in St. Pölten

Wien, 6. Mai. Nach den Ereignissen am Sonntag herrscht in St. Pölten noch immer starke Erregung. Gestern und heute kam es wiederholt zu Ausschreitungen und Reibereien zwischen Heimwehbräuern und Sozialdemokraten. Ein Vorfall gab Veranlassung, die Abteilungen der Sicherheitspolizei, die bisher vom Bürgermeister geleitet wurden, dem Bezirkshauptmann von St. Pölten zu übertragen, der militärische Unterstützung anforderte. In den Abendstunden kam es zu neuerlichen Ansammlungen. Die einschreitende Gendarmerie und leitenden Beamten wurden beschimpft. Bei der Räumung der Straße erlitt ein Demonstrant durch einen Söldelstich leichte Verletzungen. Die Abteilung, die die Räumung vornehmen sollte, wurde mit einem Steinhagel empfangen, wobei der Führer und zwei Beamte leichte Verletzungen erlitten. Es gelang schließlich, die Demonstranten zu zerstreuen, wobei 10 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Die verhängnisvolle Provisionschuld

Berlin, 7. Mai. (Eigene Meldung.) In Dresden hat sich gestern Abend ein auffälliger Vorfall ereignet. Elisabeth Reibberg, früher Kammerfängerin an der Dresdener Oper, jetzt Mitglied der Weirapollition Olexa in Rempart, war dieser Tage nach Dresden zurückgekehrt und hatte im Gewerkschaftsraum ein Konzert gegeben. Als sie sich nach Schluß desselben von der Bühne in das Künstlerzimmer des Gewerkschaftsraumes begeben wollte, trafen ihr, wie die Nachtausgabe berichtet, drei Männer entgegen und verhielten sie am Weitergehen. Gleich darauf erstiegen ein Rechtsanwalt mit einer Schuldbüchse und einem Gefäß, der im Falle nicht sofortiger Zahlung der Summe nach nachts vollstreckt werden sollte. Von befreundeter Seite wurde sofort ein Dresdener Rechtsanwalt gerufen, der sich mit dem geeigneten Rechtsbeistand auseinandersetzen versuchte. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine von Elisabeth Reibberg bestrittene Provisionsforderung der internationalen Konserthetischen Gesellschaft m. b. H. „Aufrecht“ Berlin, in einer Gesamthöhe von 82 000 Mark handelt. Ratschlich war die hohe Summe nicht sofort aufzubringen. Da Elisabeth Reibberg an einer Mandelentzündung litt und sich nach den Anstrengungen des Konzerts nicht wohl fühlte, wurde beauftragt, den Gerichtsarzt zu ersuchen, damit er die Geschäftsfähigkeit der Sängerin bescheinigt. Endlich glückte es, den hiesigen Rechtsbeistand aufzufinden, der dann auch die Geschäftsfähigkeit der Künstlerin feststellte, so daß die Forderung in den frühen Morgenstunden endlich nach ihrem Privatquartier begeben konnte.

Zeichen der Zeit

Ueberfall auf Blinde.

Berlin, 7. Mai. (Eig. Meld.) Die Steglitzer Kriminalpolizei beschäftigt sich gegenwärtig mit der Aufklärung eines ungläubigen Vorfalls, der sich gestern Nachmittag in der Rothenburgstraße abspielte hat. Zwei blinde Frauen hatten in der Schloßstraße einen Straßenbahnwagen verlassen und wollten sich nach der Blindenanstalt in der Nähe begeben. Kurz vor dem Anstaltsgebäude wurden die beiden Blinden plötzlich von hinten heftig gestoßen, und im gleichen Augenblick wurden ihnen die Handtaschen entzogen. Die Silbros konnten sich nicht zur Wehr setzen, und ihre Silberstücke blieben unbeachtet, da keine Passanten in der Nähe waren. Es blieb daher den beiden Blinden weiter nichts übrig, als die Anstaltsleiterin von dem Raubüberfall in Kenntnis zu setzen. Die Leiterin nahm ihre beiden Hörschlinge sofort mit zu dem zuständigen Polizeirevier. Auf dem Wege dorthin wurden die drei Frauen von einem jungen Mädchen angesprochen, das den Ueberfall beobachtet haben wollte. Mit dem feinen Gefühl der Blinden hatten die beiden Verurteilten aber sofort erkannt, daß das Mädchen auch die Taschendiebin war. Die Polizei nahm die „Zeugin“ sofort in Haft. Bei der Vernehmung legte die Verdächtige ein offenes Geständnis ab und erzählte, daß sie den Ueberfall aus Not begangen habe. Die Festgenommene wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Hundert Millionen Volt

Roman von Ernst Meister — Copyright by Ne-De-Ro-Romanvertrieb Münster i. W.

21) Lillian wollte eben den Versuch machen, ihm nachzurufen, als sie hörte, wie ihr Pa in dem anschließenden Zimmer von einer Männerstimme begrüßt wurde. Sie unterließ es daher, ihr Vater erwiderte den Gruß, und Lillian wußte gleich, wer der Besuch war: Staatssekretär Wellington.

Beide Herren mußten sich im Nebenzimmer niedergegesetzt haben. Sie führten dort eine leise Unterhaltung. Ob der Besuch des Ministers ihrer Person galt? — Lillian konnte zunächst nichts verstehen von dem, was nebenan gesprochen wurde. Die Unterhaltung im Flüsterton hielt längere Zeit an. So sehr sich Lillians Gehör schärfte, es wurde ihr kaum eine Silbe verständlich, trotzdem sich die Stimme des Ministers mehrmals zu erheben begann. Aber eben wurde er lauter. Die Kranke vernahm die Worte:

Bei aller Wertschätzung Ihrer Erfindung, lieber Herr Professor, scheint diese doch einen kleinen Haken zu haben. Bedenken Sie, bei drei Granaten ein Versager! Und die Ursache — ja, wenn man die wenigstens wüßte!

Nun wurde auch ihr Vater hörbar: „Herr Minister, die Ursache habe ich, ich kenne sie. Aber gefährlich werden dürfte die uns nicht. Es ist wirklich sehr einfach. Denken Sie, die Ursache ist nichts anderes als — H, ja, ja — Wasserstoff. Und Gott sei Dank, daß mir der zu Hilfe kam. Meine Tochter würde sonst wohl nicht mehr am Leben sein. Gestern nacht ging ich von ihrem Krankenbett weg, direkt ins Laboratorium. Es interessierte mich nicht nur der mir telephonisch mitgeteilte Einbruch. Nein! Ich mußte die Ursache wissen; wissen und herausbekommen um jeden Preis, warum die Granate versagt hatte. Der Dieb war ja so lebenswürdig, mir von den fünf fertigen Probengranaten noch zwei zu lassen — es mag ihm wohl etwas zu schwer gewesen sein — und ich machte sofort Versuche. Zunächst untersuchte ich die gesammelten Sprengstoffe und stellte hierbei zu meiner Ueberraschung fest, daß meine urprüngliche Vermutung richtig war. Bei den Stücken des „Blindgängers“ (dieses Wort betonte er mit besonderer Eigenart) fehlte der Kristallisationsprozeß. Der Reagenversuch bewies mir gleich darauf, daß eben das Wasser diesen Prozeß und damit die Wirkung des Bullinitis verhindert. Ich darf Sie aber versichern, daß dieser Umstand praktisch für uns nicht in Frage kommt, denn —“

Wellington unterbrach ihn hier. Er legte, wie ja auch der Professor, seiner Stimme nun keinen Zwang mehr an. „Nun aber sagen Sie mal, lieber Herr Professor, Wasser soll für uns nicht in Erwägung gezogen werden? — Nehmen Sie an, es regnet in der Zeit, in der unsere Flugzeuggeschwader die Geschosse über den europäischen Kontinent fallen lassen?“

Der Angeredete schien sich jedoch durch diese skeptische Zwischenbemerkung nicht beirren zu lassen; denn er führte ruhig den durch diesen abgebrochnenen Satz zu Ende:

— denn die Flugzeuge fliegen doch schließlich nicht im April oder im Herbst hier ab, um unsere „Freunde“ mit Bullinitgranaten zu beglücken, sondern im Juni oder Juli, der heißesten und trockensten Zeit. Außerdem wird es wohl nicht in ganz Europa auf einmal regnen. Und zum dritten lassen wir sie doch erst starten, wenn unsere Meteorologen „heiteres, trockenes Wetter“ für diesen Tag drüben in Aussicht stellen.

Zu allem Ueberflus möchte ich noch ins Feld führen, daß es auch im schlimmsten Falle, also wenn es drüben unbändig fadenregnen würde, nur eine Geldfrage wäre.

„Eine Geldfrage, die uns aber viel kosten dürfte“, äußerte sich hier der Staatssekretär.

„Eine Geldfrage“, entgegnete beharrlich der Professor, „die uns nur etwas Strom zur Zurücknavigierung der Geschwader und eine neue Ladung Bullinitgranaten kosten würde, Herr Staatssekretär!“

Dieser schwieg hierauf eine Weile; schien nachzudenken. Dann ließ er sich vernehmen:

„Man muß Ihnen recht geben, Herr Professor. Im übrigen, die vorhin geäußerten Bedenken meinerseits waren nur ganz persönliche. Ich habe eigentlich für heute nur einen Auftrag der Regierung zu erledigen. Und dies ist schließlich auch der Grund meines Besuchs. Ich habe Auftrag, Ihnen für Ihre Erfindung und Ihre gewaltige Arbeit zu danken und Sie zu dem Erfolg zu beglückwünschen. Da ich hiermit,“ der Sprecher machte eine konventionelle Verbeugung, „meinen Auftrag ausgeführt habe, gestatte ich mir, mich zu empfehlen.“

Lillian hörte all dies mit an. Sie hörte noch, wie einige offizielle Höflichkeitsworte gewechselt wurden und der Staatssekretär das Zimmer verließ.

So stand es also. Der furchtbaren Erfindung ihres eigenen Vaters wäre sie beinahe erlegen, zum Opfer gefallen. — So sollte Europa vernichtet werden.

Sie wollte laut aufschreien — furchtbar! Schreckliches Mauthorden sollte die Menschen dort über dem Ocean töten. Tausende, Millionen biestlich. Auch Fritz Wendt —?

Schnell mußte sie die Augen schließen, wollte sie schließen. Denn eben kam der Vater zu ihr zurück; und jetzt konnte sie ihm nicht in die Augen sehen. Nein, jetzt nicht!

Aber der Professor kam nur herein, um sich still von seiner Tochter zu verabschieden. In der Meinung, Lillian schliefe noch, drückte er ihr vorsichtig die auf der Seidendecke liegende Hand.

Dann ging er.

Der Professor hatte das Haus verlassen. Vor dem Gartentor stand ein neuer, blauer Rolls-Royce. Den bestieg er. Es ging in rasender Fahrt zum Polizeidirektorium, Abteilung IV, politische Polizei.

Von dort aus fuhren zwei Beamte mit ihm. Weiter raste der sechsradlindrige Wagen durch die V. Avenue. Vor dem Phantom-Building hielt er an. Professor Buller sprang aus dem Wagen. Von dem ihm im Bortal begrüßenden Sicherheitsbeamten verlangte er dringend die Aufnahmen der Besucher, die das Gebäude in den letzten Wochen ohne besondere Genehmigung betreten hatten.

Sofort verschwand der Beamte, brachte einen ansehnlichen Pack Photographien wieder mit zurück.

Den Pack in der Hand verließ der Professor eilig das Gebäude. Weiter ging es mit dem Wagen in die Anatomie. Dort angekommen wurden die drei Herren ohne Verzug an verschiedenen, nebeneinander aufgebahrten Leichen vorbei vor eine Britische geführt, auf der der am Samstag im Phantom-

Building erschlossene Mexikaner lag. Die Kugel war ihm durch die Schädeldecke ins Gehirn gedrungen und hatte den sofortigen Tod herbeigeführt.

An Hand der Bilder wollte man nun versuchen, den Toten zu identifizieren. Es war nabeliegend, daß dieser Mann den Volkensfrager schon früher ein oder mehrere Male betreten hatte. Dann aber war er auf den Bildern festgehalten.

Professor Buller und die beiden Herren hatten sich vor einem rasch herbeigeschafften Tischchen erwartungsvoll aufgestellt. Langsam durchblätterte Buller die einzelnen Aufnahmen. Bei einem Bild mit dem Aufnahme datum vom 4. 4. 74 und dem Vermerk „Ungefährlich“ hielt er inne und betrachtete aufmerksam die Photographie.

„Kinderstube“ — ein Sprungbrett für den Lebenserfolg?

Eine Umfrage unter bekannten Angenannten

Das ist eine Frage, die heute nicht leicht auszusprechen und nicht leicht zu beantworten ist. Trotzdem mußte sie unserer Ansicht nach einmal gestellt werden, weil sie nicht nur eine Kernfrage der heutigen Gesellschaft, sondern vor allem wichtig für unsere Einstellung zu unseren Kindern ist.

Ein Industrieller, in dessen Familienbesitz sich sein weltbekanntes Unternehmen bereits in dritter Generation befindet:

Er sah hinter dem großen Schreibtisch in seinem Privatbüro wie vor einem mächtigen Gebirge (der ewige Schnee in diesem Vergleich wird durch die dicken Rauchwolken seiner Zigarre dargestellt). „Eigentlich dürfte ich Ihnen diese Frage hier, mitten in der Arbeit, gar nicht beantworten“, sagte er, „denn das ist eine höchst private Frage —“

„Verzeihung, darf ich Ihnen widersprechen? Die Frage mag privat erscheinen, aber ich richte sie nicht an Sie als Privatmenschen, sondern an die bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, die so erfolgreich —“

„Schon gut“, sagte er, „ich werde mich geschlagen geben. Zumal ich nicht lange zu überlegen brauche, um Ihnen zu antworten: Ja, ich halte die Kinderstube ungeheuer wichtig für den Erfolg. Sie haben zwar behauptet, daß Ihre Frage nicht privat sei, aber man kann immer nur von sich auf andere schließen, und so kann ich Ihnen meine Ansicht nur durch mein eigenes Beispiel erläutern.“

„Sehen Sie, die modernen Psychologen betonen immer wieder, von welchem Einfluß die Kinder- und Jugendjahre eines Menschen, seine damalige Umgebung und seine Kindheits-eindrücke für das ganze Leben seien. Die Geschichte des Menschen ist sein Charakter“, hat Goethe wohl gesagt, und treffender kann man es nicht ausdrücken. Das Zubehöre eines Menschen kann seine Anlagen entwickeln oder verkommen lassen. Kinderstube bedeutet in meinen Augen allerdings auch nicht nur die Lehre, mit Messer und Gabel richtig umzugehen und einer Dame den Vortritt zu lassen, sondern, wenn ich so sagen soll, die Lehre von der Kunst des Möglichen, die Erziehung zur Einordnung in die Gesamtheit. Und das ist doch die wichtigste Lehre für jeden Vorwärtsstrebenden. Auch in der Arbeit braucht es gewiß konventionelle Schranken, die nicht niedrigergerissen werden dürfen, und der mit ihnen Vertraute wird sich leichter in der harten Welt der Wirklichkeit zurechtfinden und die Menschen schneller für sich gewinnen als der Schrankenlose, dem Beherrschung fehlt.“

Wenn ich zurückdenke, muß ich sagen, daß ich alles, was ich geworden bin, eigentlich der Atmosphäre meines Elternhauses, dem, was man so Kinderstube nennt, verdanke. Was für ein Mensch ich mit und in einer anderen Kinderstube geworden wäre, weiß ich nicht, und ob ich ohne mehr erreicht hätte, scheint mir sehr fraglich. Es ist eine ganz falsche Ansicht, daß die „Wilden“ sich beim Vorwärtskommen immer als die besseren Menschen erwiesen. Sie haben doch an den Kriegen- und Inflationsgewinnlern gesehen, was es bedeutet, wenn Menschen ohne Kinderstube große Rollen im öffentlichen Leben spielen. Bedeutend stiller, als sie kamen, sind sie von der Wildfläche verschwunden, auf der sich dauernd nur der an gesellschaftliche Beherrschung Gewöhnte halten kann.“

Ein bekannter Unternehmer, der sich mit Stolz als „self mademan“ bezeichnet:

Er überlegt, trotz aller Anspruchnahme durch die Tagesarbeit, einige Augenblicke, bevor er antwortet: „Sie wissen, daß ich das bin, was man im Englischen einen self-mademan nennt. Sie wissen, daß ich aus allerfeinsten Verhältnissen

Der Tote war es nicht. Aber — er mußte diesem Gesicht schon einmal begegnet sein. Ach was, er war vielen begegnet; weiter. Blatt um Blatt wurde gewendet. Da, halt! Hier hatte man ihn.

Kein Zweifel, es war das Bild dessen, der da vor ihnen als Leiche lag, Buller sah nach dem Vermerk, reichte den Karton sodann mit bedeutungsvollem Nicken den Beamten. Diese lasen:

„5. 4. 74. Besucher spionageverdächtig. Wurde verfolgt; entkommen!“

Da hatte man's; wußte jedoch eigentlich immer noch nicht, wer nur der Tote war. Thornton hatte eben früher immer sehr vorsichtig gearbeitet, so daß seine Personalität auch den nun anwesenden Größen der politischen Polizei unbekannt geblieben war. Sie kannten diesen Menschen, der ohne Zweifel Mexikaner war, nicht im geringsten. Es half alles nichts, man mußte sich vorerst damit abfinden und begnügen, wenigstens ein zu Lebzeiten aufgenommenes Bild des Verbrechers zu haben. Vielleicht, dachte man, hilft ein Steckbrief auf den richtigen Weg.

(Fortsetzung folgt.)

stamme, und was ich bin, nur mir zu verdanken habe. Ich habe — es ist mein Stolz ehrlich zu sein — keine rechte Kinderstube gehabt, obgleich ich auch wußte, daß man sich nicht mit dem Messer ist. Heute bin ich froh darüber, froh, daß ich es so schwer hatte, denn — zuviel Kinderstube ist, wie ich glaube, eine schwere Belastung für einen jungen Menschen. Sehen Sie, ich treffe jetzt in der Arbeit so viel kultivierte, überkultivierte Menschen mit hervorragender Kinderstube und — dementsprechend dauernden Hemmungen. Ihre Kinderstube belastet sie mit tausend Bemühen und Mühen. Wo ich mit dem sogenannten gesunden Menschenverstand einen einfachen, geraden Weg sehe und gehe, schwanken sie in allen Lagen zwischen einer Möglichkeit, die ihnen ihre Kinderstube verbietet, und der konventionellen Lösung, die ihr Verstand verneint. Das soll nicht etwa heißen, daß ich strupellos bin und handle, aber ich bin freier als die mit starker Konvention belasteten und habe im schwersten Daseinskampf gelernt, mein Leben nicht nach irgend einem Schema, sondern nach meinen eigenen Gedanken zu führen.

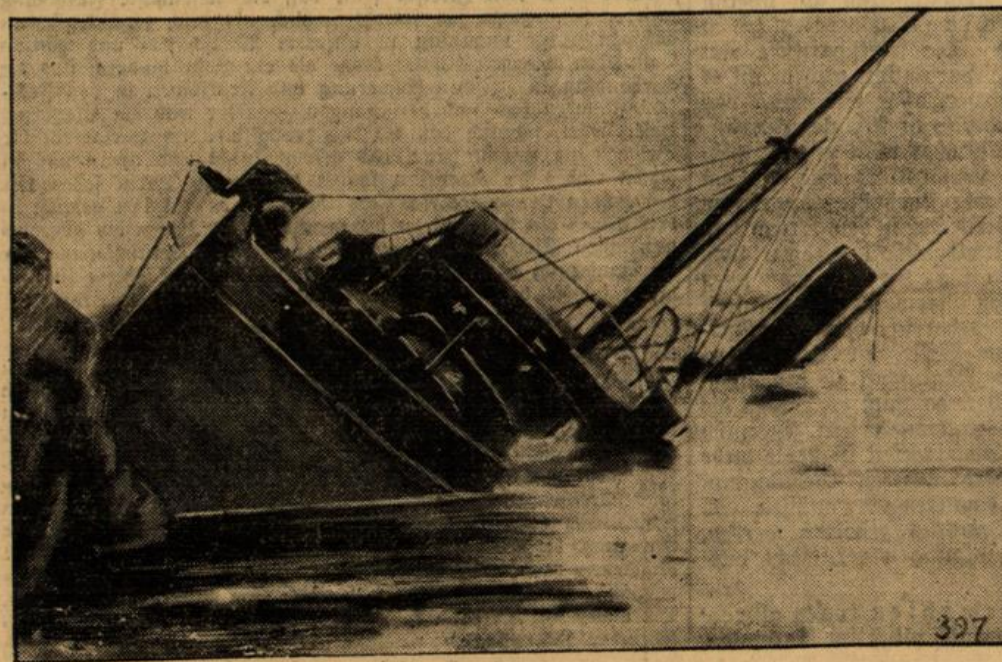
Freilich ist diese Ansicht über Wert und Unwert der Kinderstube durchaus persönlich. Ich sehe natürlich ein, daß ein großer Teil der Menschheit in der Kinderstube eine Stütze hat, sozusagen ein Geländer, an dem sie sich Zeit ihres Lebens festhalten kann. Ich bin weit davon entfernt, wie einige einflussreiche Männer im heutigen Deutschland, die von „unten herauf“ gekommen sind, mich meiner Herkunft zu schämen. Kinderstube ist kein Verdienst, denn man hat sie sich ja nicht selbst geschaffen. Ich halte mehr von der täglichen Erziehung des reifen Mannes an sich selbst, von der Disziplin, die man sich selbst gibt.“

Eine Schauspielerin:

Sie stützt den Kopf nachdenklich in die schöne gepflegte Hand: „Ich sollte Ihre Frage eigentlich nicht beantworten; denn ich verkehre ja selbst in der sogenannten Gesellschaft, die ich beleidige, wenn ich sage, daß sie heute leider „Kinderstube“ härtig vernichten läßt. Sie wundern sich, daß ich als Künstlerin großen Wert darauf lege? Das liegt nicht nur an der eigenen Kinderstube, die man nie verleugnen kann, sondern auch an der Einsicht, daß es in allem gesellschaftlichen Verkehr zwischen Menschen einen natürlichen Abstand geben muß, den die Kinderstube von selbst schafft und den nur Liebe und Freundschaft durchbrechen dürfen. Sehen Sie sich in unserer heutigen Gesellschaft um, wie es damit bestellt ist! Sicher war auch die frühere Form der gesellschaftlichen Kinderstube nicht absolut ideal, aber — sie war wenigstens vorhanden. Gesellschaft bedeutete doch Auswahl, einen Kreis ähnlich gesinnter, auf ungefähr gleicher Kulturstufe stehender Menschen, in den nur schwer und nach genauer Prüfung ein neuer Mensch einbrang. Die Kinderstube, die Erziehung zur Selbstdisziplin, war ihr Bindeglied.“

In unserer heutigen Gesellschaft kommt es mir manchmal vor, als ob die Kinderstube durch das Bankkonto ersetzt sei. Jeder, der sich finanziell als zugehörig ausweisen kann, der, wie man so sagt, „mit kann“, wird heute gern und freudig in einen Kreis aufgenommen, der glaubt, daß Kinderstube ein veralteter Begriff sei. Passiert ihnen finanziell etwas Menschliches, so wird er ebenso schnell und lautlos von diesem Kreise fallen gelassen, dem eben jede innere, wirkliche Bindung fehlt.

Wenn es überhaupt eine Gesellschaft, einen Zusammenschluß ausgewählter und innerlich zusammengehöriger Menschen geben soll, so wird die gemeinsame Grundlage stets die Kinderstube sein. Sie mag in ein paar Formeln abweichen, aber im wesentlichen wird die Kinderstube von morgen dasselbe sein wie die Kinderstube von gestern: gesellschaftliche Kultur.“



Schiffsunglück bei Nordenern

Der griechische Dampfer „Kleopatra“ ramnte dieser Tage bei Nordenern in dichtem Nebel den Dampfer „Raven“, der mit einer Ladung von 100 Tonnen Eiern von Hamburg nach England unterwegs war. Während der griechische Dampfer nur am Bug beschädigt wurde, sank das englische Schiff. Die Mannschaft konnte sich auf das griechische Schiff retten.

Baden Aus dem Leben und Streben der Gemeinden

Von A. Kühn, Stadtrat und M. d. L.

Das badische Finanzgesetz ist vor Ostern noch unter Dach und Fach gekommen. Man mag über seinen Inhalt denken, wie man will, auf alle Fälle wird man anerkennen müssen, daß seine rechtzeitige Verabschiedung eine recht verdienstvolle Leistung darstellt, wie überhaupt die Regierungskoalition in Baden den Beweis dafür erbracht hat, daß sie trotz einer zum Teil geradezu hemmungslosen Oppositionspolitik im Stande ist, das Schiff des Staates durch die Schwierigkeiten unserer Zeit mit Kraft und Energie hindurch zu steuern. Man wird sich im großen und ganzen aber auch mit dem Inhalt des Finanzgesetzes befunden und abfinden können, wenn man sich in genügender Weise die außerordentlichen Schwierigkeiten vor Augen hält, die von Anfang an bis zu Ende dem Ausgleich des badischen Staatshaushalts im Wege standen. Und nicht zuletzt werden die Städte und Landgemeinden, die in letzter Zeit einen schweren Kampf um den Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden geführt haben, auf den Abschluß der Haushaltsberatungen im badischen Landtag mit Befriedigung und Genugtuung zurückblicken können. Wenn auch nicht alle Wünsche restlos erfüllt werden konnten — wo ist dies übrigens je der Fall? — so muß doch festgestellt werden, daß das Endergebnis für die Gemeinden im Hinblick auf die vielfachen Schwierigkeiten zufriedenstellend war; jedenfalls haben die Koalitionsparteien das Menschenmögliche getan, sie haben gezeigt, daß sie ernstlich gewillt sind, den Lebensinteressen unserer zur Zeit schwer notleidenden Gemeinden, soweit wir irgend möglich, Rechnung zu tragen. Wer anders urteilt, dem fehlt es seinerseits offensichtlich am nötigen Verständnis für den Vater Staat. So muß man es bedauern, wenn erst in den letzten Tagen noch der Stadtrat in Durlach gegen die Finanzpolitik des Staates einen Protest losgelassen hat, der weit über das gehörige Maß hinausgeht. Es geht unseres Erachtens nicht an, nun den Vater Staat schließlich für alle Umlagen- und Gebühren-Erhöhungen verantwortlich zu machen. Wer das versucht, kommt sehr leicht in Gefahr, mit der Wahrheit und Ehrlichkeit in Konflikt zu geraten, ohne daß er dies will. Wir wollen hier auf Einzelheiten nicht näher abheben. Es hat auch nicht immer sehr viel Sinn, sich gegenseitig vorzuwerfen, daß man auf bestimmten Gebieten noch mehr Erparnisse machen könne. Der Durlacher Protest gegen die staatliche Finanzpolitik riecht allzusehr nach Landtagsopposition. Wir halten uns für verpflichtet, dies vor aller Welt zu sagen. Wer auch den Gemeinden auf dem Gebiete der Finanzpolitik helfen will, wo die Interessen gegenüber dem Staate in Frage stehen, hat schon noch die Möglichkeit, andere und ausichtsreichere Wege einzuschlagen. Es ist nicht gut, wenn die Gegenläufe geradezu auf die Spitze getrieben werden.

Recht ansehbar ist in diesem Zusammenhange auch die Haltung einer Zeitschrift, die nach unserer Auffassung möglichst politisch neutral sein sollte. Wir haben den „Bad. Gemeindebeamten“ im Auge, das Organ des Verbandes der Gemeindebeamten und Angestellten Badens. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1929 findet sich z. B. folgende Stelle: „Oberbürgermeister Dr. Seimerich in Mannheim hat nicht unrecht, wenn er behauptet, daß kleine Staaten mit so hohen Generalunkosten — gemeint ist hier Baden — ihre Selbständigkeit überlebt haben.“ Es ist nicht das erste Mal, daß dieses Beamtenblatt gegen die Existenz der Länder auftritt, offenbar nicht zuletzt deshalb, weil man meint, daß die eigenen Wünsche in der Landespolitik nicht stark genug berücksichtigt werden. Wenn „Der Bad. Gemeindebeamte“ glaubt, durch eine so einseitige Stellungnahme seiner Interessen besonders dienen zu können, so ist das schließlich seine eigene Sache. Das Zentrum läßt sich jedenfalls dadurch in keiner Weise abhalten, für die Erhaltung der Länder mit aller Entschiedenheit einzutreten, und zwar im Interesse des badischen Volkes, wofür nach unserer Meinung aber auch die badischen Gemeindebeamten sich einsetzen sollten. Es fällt uns nebenbei gesagt auch auf, daß „Der Bad. Gemeindebeamte“ auch immer wieder Stimmung macht gegen unsere in Baden bestehenden Bürgerausschüsse und zwar durch fast völlig einseitig gehaltene Artikel von Leuten, die wohl dem liberalen Lager angehören. Es ist dies recht bezeichnend! Anscheinend hat auch der Landtagsbeschluss, wonach die Regierung ersucht wird, „Maßnahmen zu treffen, wonach offenbare Mißstände im Schlichtungsverfahren für Gemeindebeamte beseitigt werden“, den Beifall der erwähnten Zeitschrift nicht gefunden. Der Landtag hat nach unserer Kenntnis seinen Beschluss nach sehr reiflicher und gründlicher Ueberlegung gefaßt. Daß Mißstände im Schlichtungsverfahren festzustellen sind, steht außer allem Zweifel. Man braucht sich in den Gemeinden nur etwas umzusehen. Und wenn diese offenbaren Mißstände endlich einmal in Wegfall kommen, so dient dies letzten Endes auch unserer Ueberzeugung auch dem Wohle der Gemeindebeamten. Bei allem Verständnis für berechtigte Wünsche der Gemeindebeamten muß in erster Linie das Wohl der Gesamtheit berücksichtigt werden.

In Stadt und Land ist man augenblicklich fast überall daran, die Gemeindevoranschläge zu beraten. Es ist dies nirgends eine leichte Arbeit. Die wirtschaftliche Not unserer Zeit zwingt zur äußersten Sparsamkeit und macht es fast allen Gemeinden ungemünzt schwer, ohne Erhöhung von Umlagen und Gebühren den erforderlichen Ausgleich herbeizuführen. Man kann sich des Eindruckes nicht ganz erwehren, daß es auch innerhalb der Bevölkerung gar oft am nötigen Verständnis dafür fehlt, wie stark die Gemeinden heute im Vergleich zur Vorkriegszeit durch den Krieg und seine mannigfachen Folgen in Mitleidenschaft gezogen sind. Dieses Verständnis aber ist geboten, man wird sonst all zu leicht ungerecht. In den allermeisten Rathhäusern wird heute ernstlich gekämpft. Und es herrscht dort, von Ausnahmen abgesehen, der entschiedene Wille, die Einwohner-schaft vor untragbaren Lasten nach Möglichkeit zu bewahren. Wo es aber nicht der Fall sein sollte, da muß es gerade die Aufgabe unserer Zentrumsratsfraktionen sein, energisch nach dem Rechte zu sehen. Denn Sparsamkeit ist heute mehr als je geboten. Es entspricht auch unseren Grundgedanken, nach Möglichkeit zu sparen. Die Finanzen aber müssen auch in jeder Gemeinde ständig in Ordnung gehalten werden, wenn nicht schwere, dauernde Schädigungen herbeigeführt werden sollen.

Die badischen Gemeindevahlen rücken allmählich immer näher. Sie werden voraussichtlich im November,

also etwa in einem halben Jahre, stattfinden! Da und dort haben sie schon ihre Schatten vorausgeworfen. Neue Parteien und Gruppen haben bereits ihre Beteiligung angemeldet; dazu gehören namentlich die Nationalsozialisten. Man muß es ihnen lassen, sie sind emsig tätig. Das Zentrum wird schon mit ihnen fertig werden. Schwere Sorgen haben jedoch offensichtlich andere Parteien, nicht in letzter Linie die Deutsche Volkspartei und ihre Arbeits- und Kampfgenossen, die Demokraten. Diese Parteien haben ein wahlaktives Zusammengehen für die Kommunalwahlen bereits verschiedentlich schon angekündigt. Dabei ist die Befürchtung, schließlich abzuschneiden, wahrscheinlich nicht der letzte Beweggrund. Das Zentrum wird auch diesmal völlig selbständig in den Wahlkampf ziehen. Es verläßt sich auf die eigene Kraft, auf seine bewährten Grundzüge und auf die Treue und Zuverlässigkeit seiner sturmerprobten Wähler, die wissen, daß es dem Zentrum auch in den Gemeinden daran gelegen ist, praktische Arbeit für alle Schichten unseres Volkes zu leisten. Es ist jedoch aber an der Zeit, mehr wie bisher überall an die Vorarbeiten für den Gemeindevahlkampf zu denken. Je besser wir uns rüsten, um so größer und besser wird der Wahlerfolg sein. Er darf unter keinen Umständen hinter dem glänzenden Landtagswahlerfolg des Zentrums vom 27. Oktober v. J. zurückbleiben.

Lügen haben kurze Beine

Der „Führer“, das badische Samstagblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur, brachte in „Folge 16“ vom 19. April 1930 die Nachricht:

„Und gerade weil diese Tatsache allgemein bekannt ist, fiel uns auf, daß der jetzige Reichsinnenminister, der bis vor kurzem Minister für die besetzten Gebiete war, in dieser Eigenschaft — lt. Meldung der „Samburger Nachrichten“ eine Sekretärin hatte, die französischer Herkunft ist und deren Papa Mitglied der französischen Botschaft in Berlin ist. So etwas ist eben nun einmal auffallend. Denn jedermann trägt sich sofort, wie es denn möglich sei, daß eine Dame, deren Vater der französischen Botschaft angehört, in einem deutschen Ministerium — und dazu im Ministerium der von Franzosen besetzten Gebiete — als Sekretärin eingestellt werden kann.“

Bei Herrn Dr. Birth wurde gefragt, ob die Nachricht zutreffend sei. Herr Dr. Birth antwortete kurz und bündig: Weder im Ministerium für die besetzten Gebiete, noch in einem anderen von ihm verantwortlichen Ministerium ist jemals eine Sekretärin beschäftigt gewesen, die französischer Herkunft ist und deren Papa Mitglied der französischen Botschaft in Berlin ist. Das Ganze ist eine einfältige und dumme Erfindung.

Der „Führer“ seigt seinen Ruf als Organ für Respekt und blöden Klatsch, wie man sieht, mit jeder Nummer mehr.

Gegen nationalsozialistische Verdrehungen

wendet sich die „Karlsruh. Ztg.“ vom 7. Mai. Die Vorgänge in Durlach am Sonntag, 27. April, werden vom „Führer“ in gewohnter Weise zu allerlei Entstellungen und unwarneren Verdrehungen gegen die Realität, die nun einmal zur Aufrecht-

erhaltung der Ordnung auch gegenüber nationalsozialistischen Kadaveremementen berufen sind.

Wie der „Karlsruh. Ztg.“ geschrieben wird, steht es fest, daß die Nationalsozialisten nach kurzem Wortwechsel zu Tätlichkeiten übergingen, wobei ein junger Fahnenträger, die Fahnenstange als Waffe benutzte. Selbstverständlich mußte unter diesen Umständen die Polizei eingreifen, die bei dieser Gelegenheit alle Ruhestörer in Behandlung nahm, ob nationalsozialistisch oder kommunistisch. So wurden auch fünf kommunistische Mädelführer festgenommen. Es ist also unrichtig, wenn der „Führer“ den Anschein erweiden will, als sei nur einseitig gegen die Nationalsozialisten vorgegangen.

Als grobe Unwahrheit wird es in der „Karlsruh. Ztg.“ bezeichnet, wenn im „Führer“ behauptet wird, die uniformierte Polizei habe die „harmlos“ auf die Wache marschierende Abteilung mit Gummiknüppeln überfallen. Jetzt steht vielmehr, daß diese „harmlose“ Abteilung in das Wachegebäude einmarschieren wollte und trotz wiederholter Aufforderung der Polizei nicht zurückwich und ebenso die Herausgabe des zu beschlagnahmenden Wimpels verweigerte. Erst daraufhin hat die Polizei eingegriffen, den Platz vor der Wache gesäubert und den Wimpel beschlagnahmt. Sie war zu diesem Vorgehen durch die Haltung der Nationalsozialisten gezwungen, und diese haben es sich allein zuzuschreiben, wenn von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte.

Weiter schreibt man der „Karlsruh. Ztg.“:

Das ganze Verhalten der Nationalsozialisten bei diesem Vorgang grenzt an Landfriedensbruch. Es ist einwandfrei festzustellen, daß auf ein plötzlich ertönendes Hornsignal eine Anzahl von Nationalsozialisten von dem Wagenpark weggehen und gegen die Wache anmarschieren. Hätte das die Polizei vielleicht ruhig dulden und vor den Herren Gakentzauern kapitulieren sollen? Sie konnte gar nicht anders handeln, als es geschehen ist, nämlich den Platz vor der Wache wieder zu säubern. Das Hornsignal in Verbindung mit dem Anstürmen der Nationalsozialisten gegen die Wache mußte von der Polizei als Angriffssignal aufgefaßt werden. Daß auch die Nationalsozialisten das Hornsignal so auffaßten, geht ganz klar aus ihrem Verhalten hervor. Die volle Schuld an den Vorgängen fällt auf die Nationalsozialisten. Hätten sie den Anordnungen der Polizei Folge geleistet, so wäre jeder Zwischenfall vermieden worden. Das Gleiche wäre vielleicht der Fall gewesen, wenn der Führer der Nationalsozialisten, Major a. D. Fröhlich, seine Leute besser in der Hand gehabt hätte. Es hat sich aber gezeigt, daß er in kritischen Momenten jeden Einfluß auf seine Pimafasener Parteigenossen verlor.

Umsofort leugnet der Bericht im „Führer“, daß kein Polizeibeamter verletzt worden sei. Es steht vielmehr fest, daß ein Polizeiwachmeister in den Rücken gestoßen wurde, und nur der Umstand ihn vor einer sehr schweren Verletzung bewahrt hat, daß die Wucht des Stoßes durch den an dieser Stelle doppelten Tragenarm aufgefangen worden ist. Ebenso sind zwei weitere Polizeibeamte leicht verletzt worden. Daß einzelne der Nationalsozialisten sich auf einen „Kampf“ eingerichtet hatten, geht ja auch daraus hervor, daß ihnen allerhand Waffen abgenommen worden sind.

Gegen die Polizei kann sonach nicht der geringste Vorwurf erhoben werden. Sie hat in Ausübung ihrer Pflicht gehandelt und war während der ganzen Zeit Herrin der Situation. Der im „Führer“ erhobene Vorwurf, die Polizei hätte die Zusammenkünfte verhindert, ist nach allem, was bisher einwandfrei festgestellt worden ist, eine grobe Unwahrheit, mit der sich die nationalsozialistischen Propagandateure meißeln wollen.

Der Polizeibericht über die Vorgänge in Durlach, den der „Führer“ zu zerstückeln versucht, entspricht den Tatsachen. Nur in einem Punkte enthielt er, wie sich nachträglich ergab, eine

Abg. Erising über die Finanzfragen im Reich

Im Reichstag hat Herr Abg. Erising zum Reichsetat eine viel beachtete Rede gehalten, in der er die Lage, wie sie sich im Lichte der sozialdemokratischen Opposition darstellt, trefflich kennzeichnete. Wir geben aus ihr u. a. folgende Stellen wieder:

Man darf sagen, daß die Finanzpolitik der letzten Jahre dem deutschen Volke wiederholt Enttäuschungen gebracht hat. Ich will nicht etwa die Frage unteruchen, ob die Schuld an dieser mißlichen Lage unserer Reichsfinanzen mehr auf Seiten der Regierung oder auf Seiten des Parlamentes liegt. Nach meiner Auffassung liegt der größere Teil der Schuld beim Parlament. Die Finanzminister haben sich in den letzten anderthalb Jahren schlecht und recht von Monat zu Monat und von Quartal zu Quartal bei den in- und ausländischen Großbanken durchgepumpt müssen. Es ist doch für jeden, der es mit unserem Volke gut meint und trotz der Not, in der wir stehen, auf die Ehre des Volkes und der Nation etwas hält, beschämend, wenn sich das Reich von Quartal zu Quartal bei den Großbanken durchbetteln und durchpumpen muß. (Sehr richtig! im Zentrum.) Schon aus diesem Grunde allein muß alles getan werden, damit ähnliche Situationen dem deutschen Volke und der Deutschen Republik künftighin erspart bleiben. Dadurch, daß das Parlament, der Reichstag wiederholt verjagt hat, sind wir in diese mißliche Lage gekommen. Ich sage also: Wenn das Parlament in den letzten Jahren manchmal etwas positiver und opferwilliger gearbeitet hätte, wären uns manche schwierige Stunden erspart geblieben und dem deutschen Volke ein ganz eminentes Dienst geleistet worden. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß die krisenhafte Zuspitzung unserer Finanzlage sich sowohl sachlich als auch psychologisch in höchstem Maße ungünstig in unserem Wirtschafts- und ganzen Volksleben ausgewirkt hat. Mehr als ein Jahr hindurch sind die Verhandlungen zwischen Regierung und Fraktionen in den Fraktionsmühen hin- und hergegangen. — Aber was am Blaise gewesen wäre, nämlich daß die Regierung hier im Parlament die Entscheidung gesucht hätte, das erfolgte nicht und daran nur ist letzten Endes die Koalition kaputt gegangen. Darin sehen wir den großen Erfolg des Kanzlers Brüning, daß es ihm gelang, in drei Tagen ein Kabinett zu bilden und in 14 Tagen die allernotwendigsten Steuermaßnahmen und damit die Voraussetzung für die Sanierung der Reichsfinanzen zu schaffen. (Lebhaft Zustimmung im Zentrum.) Wir vergessen nicht, daß die getroffene

Regelung der Steuerfragen

in einzelnen erhebliche Mängel hat. Von den beschlossenen Steuern hat wohl die Umsatzsteuer am meisten Widerstand gefunden. Meine Freunde haben schon im Jahre 1925 angeregt, die Umsatzsteuer in ihrer heutigen Form zu beseitigen und das System der Abgabenpauschalierungssteuer einzuführen, wie sie in Österreich üblich ist. Wir glauben, daß eine Abänderung der Form der heutigen Umsatzsteuer — eine Abgabensteuer sowohl wirtschaftlich wie auch sozialpolitisch erhebliche Vorteile bringen wird. Ich wiederhole diese Anregung, die wir schon vor Jahren gegeben haben, und bitte die Regierung dringend, dieser Anregung zu folgen und uns halb-möglichst die entsprechende Gesetzesvorlage zuleiten zu wollen. Die etwas aufgeregte Art, mit der eine ganze Reihe sozialdemokratischer Zeitungen, nicht zuletzt der „Vorwärts“, im Anschluß

an die Verabschiedung der Steuergesetze Kritik geübt, zum Teil maßlose Kritik geübt hat, verwundert uns doch sehr, weil doch den Herren nicht unbekannt sein dürfte, daß die verabschiedeten Steuern — von Einzelheiten abgesehen — im wesentlichen schon von der Weimarer Koalition veranbart gewesen sind. Man kann ja die eine oder andere Steuer für nicht besonders glücklich halten; ich habe schon schon zugegeben: es sind zum Teil Beschlüsse gefaßt worden, die wir nicht für richtig halten und die man nach der einen oder anderen Seite — vor allem hinsichtlich der Umsatzsteuer wieder befeuern kann. Wenn ich mir vergegenwärtige, was hier in Berlin, das doch auch eine sogenannte rote Weibstadt hat, im letzten Jahre an indirekten Steuern beschlössen worden ist, wenn ich mir denke, daß die Stadt Berlin aus den industriellen Werken Gas, Wasser, Elektrizität usw. jährlich ungefähr 65 bis 70 Millionen an indirekten Steuern durch Erhöhung der Tarife herausholt, und wenn ich mir denke, daß Sie (nach links) im letzten Jahre eine Erhöhung um 28 Millionen herbeigerufen haben, dann sollte man nicht in dieser Art polemisieren, wie es zum Teil von Ihrer Presse geschieht. (Zustimmung im Zentrum.)

In der sozialdemokratischen Presse wird der Eindruck zu erwecken versucht, als ob die gegenwärtige Reichsregierung eine Politik gegen die Arbeiterschaft treiben würde. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß die Zentrumspartei die sozialen Ziele der Gegenwart in ihrem vollen Umfang fest und daß sie ihrer alten Tradition treu bleiben, alles tun wird, was geeignet ist, die sozialen Notstände zu beheben. Wichtiger aber als alle sozialen Maßnahmen ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, um die Millionen, die arbeiten wollen, wieder in Arbeit zu bringen. Wir sind überzeugt, daß ohne eine Ordnung in den Reichsfinanzen eine Besserung in der Arbeitsfrage und in der Arbeitsmarktlage nicht eintreten kann. Zu der

Frage der Arbeitslosenversicherung

die ebenfalls behandelt worden ist, möchte ich doch auch einige Bemerkungen machen. Es ist nicht richtig, wenn eine Darstellung gegeben wird, als ob die neue Reichsregierung sich die Lage der Arbeitslosen kein Verständnis hätte. Im neuen Etat stehen für Zwecke der Erwerbslosenunterstützung insgesamt 485 Millionen und zwar 150 Millionen Mark für die Arbeitslosenversicherung, 80 Millionen Mark für die werkschaffende Erwerbslosenfürsorge, 80 Millionen Mark für die Bildung eines Arbeitsfonds für die Arbeitslosenversicherung. — Diese Zahlen zeigen doch, daß die Reichsregierung ehrlich bemüht ist, auch hier zu tun, was sie nach Lage der Dinge zu tun vermag.

Sollte im Verlauf dieses Jahres wider Erwarten eine erhebliche Besserung der Wirtschaftslage nicht eintreten, so besteht die Möglichkeit, daß die im Etat vorgesehenen Mittel nicht ausreichen. Bei aller Hoffnung auf eine Besserung der Arbeitsmarktlage wollen wir diese ernste Möglichkeit nicht außer acht lassen. Wir geben zu, daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt sich nach der einen oder anderen Seite hin noch erheblich verbessern läßt. Wir glauben aber nicht, daß diese Verbesserungen ausreichen werden, um, wenn wir wieder 3 Millionen Erwerbslose haben sollten, die Sanierung der Reichsanstalt zu sichern. Im Hinblick darauf bitten meine Freunde die Reichsregierung dringend, möglichst bald, möglichst noch vor dem 1. Juli dem Reichstag dienigen gesetzlichen Maßnahmen vorzulegen, die notwendig sind, um eine sozial gerechte und wirtschaftlich tragbare Lösung herbeizuführen.

Unrichtigkeit. Der verlegte Polizeimeister Siffeld hat seinen Scherz abgeben, sondern nach dem Nationalsozialisten, der ihn gestochen hatte, in berechtigter Notwehr geschossen.

Zu der Haltung der Polizei noch ein Wort: Man hört nicht selten von linksradikaler Seite den Vorwurf, die Polizei wende sich nur gegen die Kommunisten. Im Fall Durlach war sie gewungen, gegen die rechtsradikalen Nationalsozialisten vorzugehen, und flugs kommt von dieser Seite der Vorwurf der einseitigen Haltung der Polizei. Diese, von den Extremen links und rechts erhobenen Anwürfe entbehren jeder Berechtigung. Die Polizei ist keiner Partei dienstbar, sie ist ein staatliches Organ, das die Pflicht hat, für Aufrechterhaltung der Autorität des Staates und für die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu sorgen. In Erfüllung dieser Aufgabe wird sie von ihren Machtmitteln nach links und rechts entsprechend Gebrauch machen, wo es die Umstände notwendig erscheinen lassen.

Aus der Partei

Von der Erf. 4. Mai. (Hochw. Herr Geistl. Rat Stefan J.) Eine Trauerkunde durchlief in dieser Woche das Erzstift und das ganze Frankenland: Hochw. Herr Geistl. Rat und resignierter Pfarrer von Hardheim, Josef Stefan, ging in die Ewigkeit, nachdem er im Juli sein goldenes Priesterjubiläum hatte feiern können. Mit ihm verliert die Zentrumspartei einen treuen und tüchtigen Mitarbeiter, man möchte sagen, bis zum letzten Atemzug. Hochw. Herr Geistl. Rat Stefan war lange Jahre, bis zur Austerlegung, Vorsitzender des Wahlkreises. Mit Feuereifer und Eifer trat er für die Sache der Partei ein, in Wort und Schrift verteidigte er die Ideale der Zentrumspartei, wo immer sich Gelegenheit bot. Man darf ruhig sagen: Wenn die Zentrumspartei im Frankenland mit dem Volk verwurzelt und verwachsen ist, gebührt dem verstorbenen hochw. Herrn Geistl. Rat Stefan ein Hauptverdienst davon. Der Zentrumsmann bleibt unerschütterlich, das war die Parole des geistlichen Führers in freud- und leidvollen Tagen der Partei. Sein Name bleibt unauflöslich eingeschrieben in der Geschichte der Partei. Gott gebe ihm für alle Arbeit den ewigen Lohn!

Ämtliches

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Oberpfleger Ludwig Kader bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen; Pfleger Julius Kies bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Entlassen auf Ansuchen: Oberrevisor Karl Seelig, zuletzt beim Bezirksamt Waldshut.

Entlassen auf Ansuchen behufs Uebertritts in den Dienst der preussischen Landesmittelschule: Landesökonomierat Fritz Giese, derzeit Truppenunterrichtsleiter an der Seereschule für Landwirtsch. beim Bad. Art.-Regt. in Ulm.

Kirchliche Nachrichten

St. Gangolfsritt

Neudenzau, 6. Mai. Das St. Gangolfsfest wird dieses Jahr am Montag, den 12. Mai, in herkömmlicher Weise gefeiert. Es werden sich wieder von nah und fern, aus Baden, Württemberg und Hessen viele Pilger einfänden. Der von Jahr zu Jahr sich steigende Besuch bedingt einige Änderungen praktischer Art. Am Sonntag ist von 9 bis 10 Uhr reichlich Beichtgelegenheit, ebenso am Freitag früh von 1/2 bis 9 Uhr. Wegen des großen, sich von Jahr zu Jahr steigenden Andrangs zu den hl. Sakramenten ist Gelegenheit zur hl. Beichte und hl. Kommunion nur noch in der Stadtpfarrei zu Neudenzau, nicht mehr in St. Gangolf, doch die Kräfte nicht erschlaffend werden und jeder Mann bequem Gelegenheit hat, seine Andacht zu verrichten. Am 9. Uhr setzt sich vom Kirchenplatz hier der St. Gangolfsritt in Bewegung zu dem uralten Heiligtum durch das zurzeit im herrlichsten Frühlingsschmuck prangende Jagsttal. Nach Ankunft bei der Kapelle wird zuerst die Quelle gesegnet, dann findet sofort die Pferdesegnung statt, nicht erst am Schluß. So ist denjenigen Reitern, welche weit herkommen, die Möglichkeit gegeben, ihre Pferde einzustellen und vor Eröffnung zu schälen. Soweit dies nicht unbedingt nötig ist, werden die Reiter gewiß während der Predigt und dem feierlichen Exerzieren auszuhalten, so daß auch auf dem Rückweg das herrliche Bild der Prozession nicht beeinträchtigt wird. Die Predigt wird vom hochw. Herrn Stadtpfarrer Jäger, einem bekannnten und gern gehörten Kanzelredner, gehalten werden. Der diesjährige Kirchenchor wird eine feierliche Instrumentalbegleitung zur Aufführung bringen. Voriges Jahr hat ein Teilnehmer geschrieben: „Etwas Herrliches ist es um den Neudenzauer Gangolfsritt mitten im Maien! Uralte Gläubigkeit offenbart sich hier.“ Das Jahr 1930 wird gewiß die Reihe der bisher so schön verlaufenen St. Gangolfsfeste würdig fortsetzen.

Perspektive

Von Karl Lügge

In mein Schlafabteil stieg in der nordschwedischen Festung Boden ein Herr zu. Die erste Nacht hatte ich allein betruagt; nun würde ich für die weiteren 1200 Kilometer bis Stockholm Gesellschaft haben.

Der Herr war Finnländer; aus dem finnischen Teil von Skandinavien. Er reiste nach Deutschland; das erzählte er, und in Gesprächen. Er war auf Deutschland nicht sonderlich gut zu sprechen, wiewohl er das Gegenteil öffentlichlich zu behaupten suchte. Sein unbedachtetes, verzerrtes Wortspiel half verstanden, daß dieses Wort von russischen Verhältnissen traf mich. Mein Einwand, daß Deutschland nicht aus der Perspektive seiner Landeszeitungen betrachtet werden dürfe, und daß zur Beurteilung der deutschen Verhältnisse nicht wahllos veröffentlichte Meldungen als Maßstab dienen könnten, schien Eindruck zu hinterlassen. Wir kamen schließlich in ein angeregtes Gespräch.

Im Hamburger Wagen des Ruges Stockholm-Trällesborg traf ich den Finnen wieder; hier war er nicht mein Abteilgenosse. An einander gerieten wir bei der Ueberfahrt von Trällesborg nach Stockholm, im eleganten Frühstüdfalon der „Kronen“. Hier hatte der Herr das erste Mal die Bekanntschaft mit Deutschland gemacht, und er kurrte überaus über die unerschöpflichen Preise. Für ein einfaches Frühstück drei Mark — das ist doch unerhörlich! Ich nagelte ihn fest; er hatte nicht nur ein einfaches Frühstück, sondern auch Butter nachbestellt, zwei Eier gegessen und Trüffel bedegest. Es mochte 2,50 Reichsmark — der übliche Preis in guten Hotels aller Länder. Na gut, meinte er; aber daß der Keller nur deutsch sprich, sei unverständlich. — In seinem Beisein erhielt ich vom Keller die Auskunft, daß er außer Deutsch fließend Englisch spreche und die nötigsten schwedischen Sprachkenntnisse habe.

Den Betrieb in Stockholm beim Mangieren fand mein Finnländer langweilig; anschließend sei deutsche Grundsätzlichkeit flüchtig Verleher hinterließ. Er sah nicht die Schwierigkeiten, die sich beim Aus-einandernehmen und Wiederaufstellen der Zugteile Oslo-Berlin und Oslo-Hamburg, Stockholm-Berlin und Stockholm-Hamburg ergeben, und er merkte auf der Weiterfahrt nicht den Unterschied zwischen der bisherigen Insel Rügen und dem ebenen Südtiel Schwedens. Während drüben der Zug staut fuhr, erklimmte er hinter Stockholm die Höhen.

Der Finne zeigte mich. So sah einer Deutschland, wenn er mit Vorurteilen beladen war. So sehen viele Teile der Welt Deutschland; sie vergleichen falsch und sie stellen Ansprüche, die sie anderswo nicht erleben.

Die Förderung des Wohnungsbaues

Aus der Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags

Karlsruhe, den 7. Mai 1930.

Die Regierung hat dem Landtag unter dem 8. April d. J. einen Gesetzentwurf zur Förderung des Wohnungsbaues vorgelegt. In dem Haushaltsplan für die Jahre 1930/31 ist die Aufnahme einer Staatsanleihe für den Wohnungsbau in Höhe von 14 Millionen vorgesehen. Mit Rücksicht darauf, daß nach dem Finanzgesetz die Einkünfte aus der Gebäudebesondersteuer in stärkerem Umfang als bisher für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden sollen, sieht der Gesetzentwurf die Erhöhung der Wohnungsbauanleihe auf 18 Millionen vor. Diese Mittel sollen zur Förderung des Wohnungsbaues an Wohnungsverbände und verbandsfreie Gemeinden weitergegeben werden und zwar um einen Zinssatz der 5 Prozent niedriger ist, als der vom Staat zu entrichtende. Auch die Erstellung von Neubauwohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter des badiischen Staates soll mit der Wohnungsbauanleihe gefördert werden.

Das Gesetz ermächtigt den Minister des Innern:

- a) Wohnungsverbänden, Gemeinden und Personen, die für hypothekarisch gesicherte Baudarlehen Bürgschaften übernehmen, den teilweisen Ertrag der ihnen hierbei entstehenden Verluste zuzuführen; b) eine beratende Bürgschaft auch selbst zu übernehmen.

Weiter enthält das Gesetz nähere Bestimmungen über den Vollzug.

In der

Begründung

ist angegeben, daß in den Jahren 1924—1929 der Neuzugang an Wohnungen 57.067 war. Aus den Mitteln der Gebäudebesondersteuer sind in dieser Zeit von Land an die Wohnungsverbände und verbandsfreie Städte gegeben worden 47.236.000 RM.

Aus Anlehensmitteln wurden gemäß 18.021.000 RM. Außerdem wurde den genannten Verbänden und Gemeinden für 5 Mill. RM. Zinsverbilligung von 4 Prozent der von ihnen aufgenommenen Wohnungsbaudarlehen gewährt. Die Wohnungsverbände und verbandsfreie Städte haben aus staatlichen und eigenen Mitteln gefördert 1924—1928 45.115 Wohnungen mit Gesamtdarlehens von 190.922 RM. Der Durchschnitt der einzelnen Baudarlehen für eine Wohnung betrug 4232 RM., der Bauindex und die Bauzinsen sind stetig gestiegen.

Der Fehlbetrag an Wohnungen, namentlich an Kleinwohnungen, ist immer noch groß, trotz der stetig sinkenden Geburtenzahl (1908 66.058 Geburten, 1928 47.178 Geburten), während die Zahl der Eheschließungen in der gleichen Zeit von 15.765 auf 19.696 gestiegen ist.

Der Haushaltszuwachs betrug im Jahre 1924 5083 Haushalte und im Jahre 1928 8832 Haushalte. Bisher wurde ein jährlicher Wohnungsneubau von 6—7000 Wohnungen angenommen, was nach dem Haushaltszuwachs nicht mehr ausreichen wird. Auf Ende 1928 war der Fehlbetrag an Wohnungen mit 15—16.000 angenommen. In den Städten über 10.000 Einwohner betrug am 1. Januar 1929 die Zahl der Wohnungsjugendlichen 10.819.

Die Erläuterungen zum Gesetz erkennen die Notwendigkeit der Bautätigkeitsförderung im Interesse des Kaufhandwerkers an. Am 31. Januar 1930 betrug die Zahl der erwerbslosen Kaufhandwerker 11.612 und der erwerbslosen Bauhilfsarbeiter 7336.

Auch diese Zahlen bezeugen eine besondere Förderung des Wohnungsbaues. Nach dem Bericht des Abg. Geidt (Soz.) entspann sich eine eingehende Debatte über die Hemmnisse, welche die Bautätigkeit und die gesamte Wirtschaft, durch die ungerechtfertigte Höhe der Kapitalzinsen erfährt, trotz Senkung des Reichsbankdiskonts.

Ein Zentrumstribüne spricht der Regierung Dank und Anerkennung für die Wohnungsbauhilfe an kinderreiche Familien aus.

Exerzieren

Neuron. Die Ergabtei St. Martin in Neuron veranstaltet im zweiten Halbjahr 1930 folgende Exerzienturlaue: für Priester vom 25.—29. August, 15.—19. September, 22.—26. September, 6.—10. Oktober, 13.—17. Oktober; für Altkadetten (Gerrn gebildeter Stände) vom 1.—5. September; für Jungkadetten (Studierende) vom 28. Juli bis 1. August; für Lehrer vom 29. September bis 3. Oktober; für Mittelschüler (nur Oberlassen) vom 4.—8. August; für Männer vom 4.—8. Dezember; für Jungmänner (nicht unter 18 Jahren) vom 30. Oktober bis 3. November; für Arbeiter vom 28. Dezember bis 1. Januar. Anmeldungen, denen das Merkblatt für die Aufgabekarte beizulegen ist, sind bis spätestens 8 Tage vor dem Termin zu richten an die Exerzientleitung der Ergabtei Neuron.

regt aber gleichzeitig an, diese Hilfe nicht nur auf Neubauwohnungen zu beschränken, sondern betragigen Familien, welche bereits untergebracht sind, Mietzuschüsse zu gewähren.

Nach einem Antrag der Regierungsparteien wird der Minister des Innern ermächtigt, zur Erleichterung der Aufnahme von Wohnungsbaudarlehen durch Wohnungsverbände oder verbandsfreie Gemeinden im Höchstbetrage von 5 Mill. eine Zinsverbilligung von höchstens 5 p. G. auf längstens 10 Jahre zu übernehmen.

Die Wohnungsverbände und verbandsfreie Gemeinden können diese Zuschüsse nach näheren Bestimmungen auch zur Verbilligung der Zinsen von Darlehen, welche die Bauherren aufnehmen, verwenden. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß das Gesetz geeignet ist, der Bautätigkeit neuen Antrieb zu geben und erfucht die Regierung im Interesse der Wohnungssuchenden, der Arbeiter und der Wirtschaft an rasches Handeln.

Die Regierung sagt rasche Maßnahmen zu und teilt mit, daß bereits nahezu 6 Mill. RM. verfügbar sind, die sofort weiter gegeben werden. Nach den Wahrnehmungen der Banken sei der beflagte Abfluß des Inlandskapitals über die Grenzen in der letzten Zeit wohl infolge der Sanierungsmaßnahmen des Reiches und der Länder zurückgegangen. Eine weitere Sanierung, namentlich der Gemeindefinanzen, werde bedauerlicherweise durch die unangiebige Haltung der Reichsberatungsstelle gegenüber der Erenahme von Auslandskapitalien erschwert. Im Verlauf der weiteren Aussprache, die sich über Wohnkultur, Baukosten und Miethöhe eritret und die biswelen grammatische Bedeutung hat, gibt ein Zentrumstribüne zu erögen, ob nicht bei den derzeitigen Holzpreisen im Interesse der Niederhaltung der Baukosten wie der Holzindustrie von der Holzbaumeiße Gebrauch gemacht werden soll, um natürlich wieder auf den Baradenbau zurück zu kommen.

Das Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaues wird einschließlich der Änderungsanträge der Regierungsparteien mit allen Stimmen gegen zwei Enthaltungen der Nationalsozialisten und der Wirtschaftsparteiler angenommen.

Zu dem Antrag der Abg. Maier u. Gen., eine Nachweisung der hypothekarischen Verschuldung des Hausbesitzes vorzulegen, gibt die Regierung die Antwort, daß die Zusammenstellung aus den einzelnen Grundbüchern schwierig sei und höhere Kosten verursache. Die Antragsteller sind mit der vorläufigen Zurückstellung des Antrags einverstanden.

In der

Nachmittagsitzung

befasste sich der Haushaltsausschuss mit der Prüfung von Rechnungsergebnissen und Verwendungsnachweisungen, worüber der Abg. Seubert (Ztr.) Bericht erstattete.

Von seiten eines Zentrumstribüners wird bei dieser Gelegenheit der Wunsch ausgesprochen, daß durch die Genossenschaften und Organisationen, welche aus Reichs- und Staatsmitteln Wirtschaftshilfen erhalten, Rechnungsablegung zu erfolgen hat, welche durch den Rechnungshof nachgeprüft wird.

Die Nachweisungen wurden nach Aufklärung und Begründung einiger Ueberreicherungen durch die Vertreter der zuständigen Regierungsstellen vom Ausschuss genehmigt.

Die Regierung hat unter dem 11. Februar 1930 dem Landtag eine Denkschrift über Reichsfinanzstatistik vorgelegt, um der eingeleiteten Sparkommission Fingerzeige für ihre Tätigkeit zu geben. Fehlerquellen aufzudecken und die Unterlagen für das verabschiedete Finanzgesetz zu liefern.

Der Ausschuss beschließt von der Behandlung der Denkschrift vorerst abzusehen, bis das Ergebnis der Tätigkeit der badiischen Sparkommission vorliegt.

In der Ergabtei St. Peter in Salzburg finden folgende Exerzienturlaue statt: für Priester 21.—25. Juli (Dr. Benedikt Reeh O. S. B., Abt von Sedau); 9.—13. September (P. Amand Penke O. S. B.); 29. September bis 3. Oktober (P. Gregor Zofer O. S. B. Engelberg; Präsekt im Benediktiner-Kolleg), für Altkadetten und andere Gebildete 25.—29. August (Dr. P. Thomas Michels O. S. B. Maria-Raach, Privatdozent in Salzburg). Für Ober-Mittelschüler 19. bis 23. August (P. Drung Episk O. S. B.) Beginn jedesmal am ersten Tag abends 7 Uhr, Schluß am letzten Tage morgens. Allen Teilnehmern stehen Einzelzimmer im Benediktiner-Kolleg zur Verfügung. Anmeldungen sind erbeten spätestens 8 Tage vor Beginn des jeweiligen Turnus, an die Exerzientleitung der Ergabtei St. Peter in Salzburg.

Wie leicht ist ein ungunstiges Urteil über Deutschland zu fällen. Ich sehe aus dem Abteilfenster. Erste Feststellung: Die Straßen sind mangelhaft, groß gepflastert. (Nach Kotz ins Buch!) Tatsache ist: großgeplastert war ein Verbindungsstück zwischen zwei niedrigerliegenden Teilen der Insel; die Straße mußte diese Befestigung haben. Zweite Feststellung: Es gibt wenig Autos, dafür viel Pferde. Dritte: Der Wald ist ärmlich. Uebrigens sind die deutschen Mädchen hübsch, aber nicht reuendlich; die Schantheit im Bohabofrestaurant zu Sahnij zeigte es —

Tausende solcher tiefen Beobachtungen lassen sich machen. Sie werden leider gemacht, und sie erfahren Verbreitung von Mund zu Mund und selbst auf dem Wege über die Rundpresse. Mein Finne harret auf die im Vorkriegsstand nicht überwältigende Landbesitz Rügen. Ich tröstete ihn: Es ist erst die Insel Rügen. So? zucht er erkant. Ich habe ihn bei Gedanken erkappt, die von den eben geschiederten kaum verschieden waren!

Auf der Fahrt nach Hamburg sind viele und oft lange Aufenthalte. Warum? Was weiß der flüchtige, voringenommene Beobachter von den Kreuzungspunkten der Erde, vom Trennen des Berliner und Hamburger Zugteils in Sahnij, vom Zusammenfügen der schwedischen Zugteile in Sahnij, vom Kopfbogen der Zug in Sahnij. Er beachtet Minuten um Minuten in seinen Beobachtungen Unrecht, das die Perspektive falsch ist. Wenn er im Flugzug direkt in Berlin landet und mit dem F.D. mit zwei maligem Halt nach München fahren würde (er weiß gleich langer Strecke der Schiene in Schweden 18 Stunden braucht), dann hätten wir die umgekehrte falsche Perspektive.

Vielteils ist mit den Augen des Fremden zu beobachten, wenn man nach längerer Abwesenheit deutschen Boden betritt: Die Leute sind meist nicht gut angezogen. Viele sehen übernachrichtig aus. Sauberheit und Unbedachtetheit spricht so. Deutschland hat einen Krieg gegen 25 Gegner geführt. Krieges- und Inflationsfolgen zeigen sich überall; überall ist Not wie man sie in anderen Ländern nicht entfernert ahnt und an die man dort nicht glaubt, da viele Lebensbedingungen des leistungsfähigen Landes eben im allgemeinen andere Schlässe zulassen.

Das sichtbarste Grobe nötig zu Respekt; wie meinen Finnen in Hamburg: Gaapbahnhof, Straßenerleher, Sodahäuser. Dies sei Deutschland, wie er es sich vorstellte, spricht er begeistert, erfreut und erlich. Er will, wie viele Ausländer, Deutschland als unbedingte Bollung; alles Reiterstande läßt unbedingte Argwohn aufsteigen.

Es ist, dies Land, das gegen 25 G-ner Krieg führte, und in it und bleibt. Und mer es lange nicht sah, der sieht es nur um so inniger und stärker. —

Erfolg zweier Badener Architekten. Bei dem großen internationalen Wettbewerb für eine Straßenbrücke über den Meeresarm

in Stockholm hat Deutschland mit den ersten vier Preisen einen namhaften Erfolg errungen. Den zweiten Preis von 10.000 Kronen erhielten Prof. Dr. Haber-Karlsruhe und Architekt Hermann Eich-Mannheim. Beide Herren hatten bereits in dem Wettbewerb um die Mannheim-Ludwigshafener Rheinbrücke einen bedeutenden Erfolg zu verzeichnen.

Verteilung des Adlerschildes an Eggellen v. Müller. Der Herr Reichspräsident hat dem Schöpfer und Leiter des Deutschen Museums, Eggellen Geheimrat Dr. Ing. Oskar von Willebrand, München, zu seinem 75. Geburtstag den Adlerschild des Reiches verliehen und ihm nachstehendes Schreiben zugehen lassen: „Euer Eggellen, zu Ihrem 75. Geburtstag meine herzlichsten Glückwünsche auszusprechen, ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis. In einem arbeitsvollen Leben haben Sie der deutschen Wirtschaft und Technik wertvolle Dienste geleistet und Ihre Arbeit und Initiative bis in die Gegenwart hinein in den Dienst öffentlicher Interessen gestellt. Die Arbeit Ihres Lebens haben Sie getront durch die Schöpfung des Deutschen Museums, dessen weiterer Ausbau durch die in diesen Tagen erfolgte Vollendung des Studienbaues wiederum Ihr besonderes Verdienst ist. Dem Danke des deutschen Volkes möchte ich Ausdruck geben, indem ich Ihnen die höchste Ehrung zuerkenne, die die deutsche Republik verleiht, den Adlerschild, der auf der Vorderseite das Symbol des Reiches und auf der Rückseite die Widmung „Dem Schöpfer des Deutschen Museums“ trägt. Diese Ehrung soll Ihnen ein Zeichen dafür sein, daß mit mir das Vaterland Ihres Geburtstages gedenkt. Mit den besten Grüßen und den aufrichtigsten Wünschen für Ihr weiteres Wirken und Schaffen bin ich Eurer Eggellen sehr ergebener. (gez.) v. Hindenburg.“

Musikwissenschaftliche Austauschvorträge. Auf Grund eines Austauschabkommens, das die Musikabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht mit dem Musikwissenschaftlichen Philosophischen und Romanischen Seminar der Universität Berlin zwege brachte, werden die Professoren Dr. Gurliitt-Freiburg i. Br. und Dr. Schering-Berlin, in der Sorbonne in Paris über folgende Themen referieren: 12. Mai: Professor Dr. Schering: „Die Musikwissenschaft im geistigen Leben Deutschlands“, 19. Mai: Professor Dr. Willibald Gurliitt: „Die musikpädagogische Bewegung in Deutschland“. In der Universität Berlin sprachen im Februar Professor Pirro, Musikhistoriker an der Sorbonne, Paris, über „Musik an den französischen Universitäten“ und Chantavoine, Generalsekretär des Conservatoire National de Musique et de Declamation, Paris, über: „Die französische Musikpädagogik und das Pariser Konservatorium“. Diese Austauschabkommen mit dem Auslande, die von weitestlicher kultureller Bedeutung sind, sollen im nächsten Jahr auch mit anderen Ländern fortgesetzt und ausgebaut werden.

Badische Chronik

Dreihundertjahrfeier der Günterstaler Blutwallfahrt

Nachdem wir bereits in der Dienstagausgabe einen kurzen Vorbericht über diese Feier brachten, lassen wir heute einen ausführlicheren Bericht folgen:

Dreihundert Jahre sind heuer verfloßen, seitdem das löbliche Kloster der hl. Blutreliquie vor den plündernden schwedischen Kriegshorden aus dem Kloster Reichenau in das stille Kloster Günterstal gerettet und dort verehrt wurde. Seither befindet sich ein Teil der Reliquie in Günterstal, den größeren Teil brachte man wieder zurück nach Reichenau. Die Überführung nach Günterstal aber war für Günterstal eine große Gnade und Ehre. Darum sollte die 300. Wiederkehr jenes Tages in Günterstal feierlich begangen werden.

Der erste Sonntag war wie geschaffen zur feierlichen Eröffnung der Blutwallfahrt im Jubiläumsjahr. Das landschaftlich wunderbar gelegene Günterstal, Freiburgs schönster Vorort, hatte reichen Flaggenschmuck angelegt und rings an den Bergeshängen blühten die Bäume in lieblicher Pracht.

Nach dem Wallfahrtsdienst am Nachmittag besitzte Domkapitular Weig die Kasse der ehemaligen Klosterkirche und sprach die heiligen Worte über das Werk und die Früchte der Erlösung durch das Blut Christi. Anschließend war den Gläubigen Gelegenheit geboten zum Aufzug der hl. Blutreliquie. So begann die kirchliche Feier schon unter großer Anteilnahme der Bevölkerung Günterstals und der näheren Umgebung.

Im voll besetzten Festsaal des „Sirschen“ fand am Abend zuvor für die Günterstaler Bewohner die Aufführung des Heimat- und Wallfahrtsfestspiels „Das Wunderkreuz“ statt, das der einheimische Dichter Wih. Hugo Mayer zum Jubiläum verfaßt und einstudiert hatte.

Die Spieler verdienen ein Gesamtlob für ihren Eifer und ihre Begeisterung im Spiel. Auch die Vieder und Chöre kamen sehr zum Vortrag, zumal sie, namentlich der Schluschor, bedeutende Schwierigkeiten aufwiesen. Den wackeren Sängern und Sängern gebührt darum ein besonderes Lob. In gewohnter Meisterhaftigkeit spielte der bekannte Komponist Eberhard Ludwig Wittmer die Orgel. Von ihm sind auch die Vieder und Chöre eigens für dieses Festspiel komponiert. Die Anlage der Bühne sowie die vortreffliche Bühnendekoration schuf der in Günterstal ansässige Kunst- und Theatermalers A. Glunz. Die von der Firma Oberpaur gelieferten Kostüme wurden von den Angehörigen der Spieler und den Bühnenschmuckern in Günterstal selbst gefertigt. So stand Günterstal schon seit Monaten in fieberhaften Vorbereitungen für sein Heimatfest. Besonders schwere Last und Sorge ruhte auf dem Leiter der ganzen Vorbereitungen, der Proben und des Festspiels Herr Hauptlehrer W. S. Mayer, dessen selbstloser, unermüdlicher Laikauf und hohem Idealismus es gelungen ist, die Bahn frei zu machen und die größten Schwierigkeiten und Hemmnisse zu überwinden. Er erwarb sich damit unsterbliche Verdienste für die Wiederbelebung der Günterstaler Blutwallfahrt beim 300jährigen Jubiläum.

Zahlreiche katholische Vereine haben sich heute zum Besuch der hl. Blutreliquie und des Wallfahrtsfestspiels angemeldet. Aus Freiburg selbst, dem umliegenden Kreisgau, sowie aus den Dörfern und Höfen des hohen Schwarzwaldes liegen Anmeldungen vor. Für katholische Vereine des Oberlandes wäre damit günstige Gelegenheit zur Wallfahrt nach Freiburg-Günterstal geboten. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des katholischen Volksvereins Freiburg-Günterstal (Vorstand: Hauptlehrer Mayer) gerne und jederzeit. Der Reinertrag ist bestimmt für die Kinderkirche, den Wanderverein und Elisabethenverein.

So hat sich eine kleine katholische Gemeinde zusammengefunden in der gemeinsamen Verehrung der löblichen Reliquie vom heiligen Blut Jesu Christi. Möge aus diesem ersten Mollen reicher Segen entsauneln und die Blutwallfahrt mit der Verehrung des hl. Blutes allen Pilgern Gnade und Frieden schenken. W. S.

Knielingen (Amt Karlsruhe), 7. Mai. (Zur Bürgermeistereiwahl.) Wie wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe gemeldet haben, wurde Bürgermeister Dörz mit 44 von 69 Stimmen wiedergewählt. Unverkühten muß anerkannt werden, daß Dörz während seiner Amtszeit für Knielingen mit vieler Umsicht Ersprießliches geleistet hat. Möge es bald gelingen, daß die Augen sehenden, die Dörz noch als Fremden betrachteten, sich finden zur gemeinsamen Arbeit zum Wohle der Gemeinde, zumal die Stadt Karlsruhe mit der Eingemeindung von Knielingen umgibt. Einigkeit und gegenseitiges Vertrauen der Gemeindeväter ist dann nicht nur am Platze, sondern Pflicht.

Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in Durlach

Durlach, 7. Mai. Das Fürsorgeamt Durlach veröffentlicht eine Uebersicht über die Kosten, die die Stadt Durlach im Rechnungsjahre 1929/30 (1. 4. 29 bis 31. 3. 1930) als Fürsorgeaufwand und zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu tragen hatte. Pro Monat waren in dem Rechnungsjahr durchschnittlich 3000 Personen von der öffentlichen Fürsorge befreit. Die Bruttoausgaben betrugen rund 1. Mill. M., davon für die Allgemeinfürsorge 413 000 und für die gehobene Fürsorge 428 000 M. Dieser Bruttoausgabe von 1 Mill. standen Einnahmen aus dem Landesanteil, aus Kostenersatz und Beiträgen in Höhe von 850 000 M. zu gegenüber, so daß die Stadt eine Nettoausgabe von 650 000 M. zu verzeichnen hatte, d. h. mehr als das Zwanzigfache der betreffenden Aufwendungen in der Vorkriegszeit. In Januar dieses Jahres hatte sich die Stadt an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gewandt mit dem Antrag, angesichts der starken Arbeitslosigkeit in Durlach die nach dem Gesetz zulässige Ausdehnung der Unterstützung von 26 bis auf 30 Wochen zu genehmigen. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt und arbeitsmarktpolitischen März mit, daß er aus finanziellen und arbeitsmarktpolitischen Gründen zurzeit nicht in der Lage sei, von dieser Verlängerung des Gesetzes Gebrauch zu machen; auch sehe nicht zu erwarten, daß der Verwaltungsrat auf absehbare Zeit eine Verlängerung der Unterstützungsdauer über 26 Wochen hinaus vornehmen werde. Ein gleichzeitig an den Präsidenten des Reichsarbeitsamts für Süddeutschland in Stuttgart gerichteter Antrag auf Erweiterung der Arbeitsfürsorge auf die Berufsgruppe der Lohnarbeiter wechselnder Art wurde aus den gleichen Gründen abgelehnt. Der Aufwand der Stadt für die Arbeitslosenfürsorge um 122,5 Proz. der Ausgewiesenen ist im Laufe des letzten Jahres um 122,5 Proz. gestiegen und noch im weiteren Steigen begriffen. Der Bericht betont, daß eine solche finanzielle Belastung der Stadt auf die Dauer unmöglich sei und in kürzester Zeit eine betrieblige Lösung herbeigeführt werden müsse.

Heberfälle auf Frauen

Horzheim, 7. Mai. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Frauen und Mädchen an abgelegenen Stellen anscheinend von mehreren Männern belästigt werden. Bisher konnte die Gendarmerie noch keine Feststellungen machen.

○ **Dainbach, 7. Mai.** (An den erlittenen Brandwunden geistern) ist ein neunjähriges Mädchen von hier. Als die Eltern auf dem Felde weilten, machte es sich am Herd zu schaffen und kam anscheinend dem Feuer zu nahe. Als nachher auf die Distanz des Mädchens herbeieilten, sahen sie eine lebende Rauchfackel. Obwohl sie die Flammen sofort erloschen, starb das Kind nach wenigen Stunden.

○ **Rauenberg, 7. Mai.** (Sängertreffen im Angelbachtal.) Wohl selten wurde ein Fest so emsig in der Gemeinde vorbereitet, wie das Preiswettbewerb des Gesangsvereins „Vierklang“. Jeder einzelne Einwohner ist bemüht, den zahlreich zu erwartenden Gästen einen angenehmen Aufenthalt zu bereiten, der auch zu späteren Besuchen in dem schönen Angelbachtal anregen soll. Eine Heidenarbeit haben die Ausschüsse des festgebenden Vereins geleistet und das Preiswettbewerb, das in dem eigens hierzu errichteten großen Festzelt mit 1000 Sitzplätzen abgehalten wird, musterhaft organisiert. 19 Gesangsvereine abgehangen und weiteren Umgebung werden sich in 7 Klassen mit insgesamt 1100 Sängern am Preiswettbewerb beteiligen. Die günstige Ausflugszeit, in der das Angelbachtal in schöner Maienpracht blüht, läßt erwarten, daß am kommenden Sonntag Rauenberg das Ziel vieler Gesangsvereine aus nah und fern bilden wird. Wie auch schon in der Delegiertenversammlung zum Ausdruck gebracht wurde, übt der vorzügliche Rauenberger Nebenfest eine besondere Anziehungskraft auf die fremden Besucher aus, so daß dieses Sängertreffen dem Rauenberger Wein sicherlich neue Freunde werben dürfte. Die bekannte Gastlichkeit der Rauenberger Bürgerchaft wird ihr übriges tun, um den Gästen einen sangesfrohen Maien Sonntag im reizenden Angelbachtal zu bereiten.

○ **Schwenningen, 7. Mai.** Eine mildbewegte Hochzeit wurde hier vor einigen Tagen in der Wohnung des Maurers Wih. Schumm von hier begangen, dessen Tochter der 21jährigen Wih. Ziegler von Brühl ehelichte. Bei der Hochzeit kam es zu Streitereien und Fäuligkeiten der Hochzeitsgäste, wobei besonders der Schwiegerpater und der Schwiegerjohn hintereinander kamen. Dabei wurde Schumm von Ziegler in der Küche einige Male auf den Leib getreten. Nach einigen Tagen spürte Schumm heftige Leibschmerzen, wurde in die Klinik nach Heidelberg gebracht, ist aber dort gestorben. Schmerz innere Verletzungen, die offenbar von den Fußtritten des Ziegler herrührten, waren die Todesursache. Ziegler wurde verhaftet.

Bestattung von Theresie Blase

Mannheim, 6. Mai. Am gestrigen Spätnachmittag fand die Bestattung der badischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Theresie Blase statt. Unter der großen Trauerversammlung sah man viele prominente Politiker Badens. Staatspräsident und Dr. Schmitt, sowie die beiden Minister Willebrandt und Dr. Kemmerle waren erschienen. Ferner waren der Präsident des badischen Rechnungshofes, der frühere Landtagspräsident Baumgartner und der jetzige Landtagspräsident Duffner zugegen. Von der demokratischen Landtagsfraktion war Abgeordneter Hoffmeier anwesend. Die Stadt Mannheim war durch Oberbürgermeister Dr. Heimrich und Bürgermeister Bötzger vertreten. Nachdem Stadtpfarrer Eckert eine tief zu Herzen gehende Trauerrede gehalten hatte, sprach Landtagspräsident Duffner feierlich des badischen Landtages. Im Namen der Landtagsfraktion übermittelte der Fraktionsvorsitzende Härdter den letzten Gruß. Stadtdirektor Dr. Girschler befand sich als Vertreter der Trauer der sozialdemokratischen Ratshausfraktion. Noch viele Sprecher trafen der Verstorbenen letzte Grüße nach.

Mannheim, 7. Mai. (Auswanderer- und Arbeiterentlassungen.) Am Sonntagabend hatten sich auf dem Mannheimer Hauptbahnhof etwa 65 Auswandererlustige aus Baden und der Pfalz, Männer, Frauen und Kinder, eingefunden, um ihre Heimat zu verlassen und mit dem Lokalbahn-Dampfer über den „großen Teich“ zu fahren. Die heimische Summi- und Cellulosefabrik in Mannheim hat auf Antrag die Genehmigung erhalten, erneut 500 Arbeiter zu entlassen. Der Ausschuss der Arbeiterentlassungen vorgenommen worden, die mit Rationalisierungsmaßnahmen begründet werden.

Heidelberg, 7. Mai. (Vor dem Ertrinken gerettet.) Im Stadtteil Kirchheim fiel beim Spielen im Garten das vierjährige Söhnchen des Berufskammerarbeiters Friedrich Müller in einen in den Boden eingegrabenen größeren Wasserbehälter. Die zufällig anwesende Ehefrau des Landwirts Karl Mann sah die Gefahr des Verunglückten aus dem Wasser ragen und zog den bereits Bewußtlosen aus dem Wasser. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Werkheim, 7. Mai. (Konkurs.) Die Holzstofffabrik L. G. Werkheim hatte den Konkurs angemeldet, nachdem ein Vergleichsverfahren unmöglich geworden ist. Ein gebildeter Gläubigerausschuß hat verlangt, daß innerhalb 14 Tagen an den Barrenbeständen nichts geändert werden dürfe. Aber am 24. April, wenige Tage nach dem Beschluß, wurde der ganze Vorrat abgefahren. Darauf hat sich der Gläubigerausschuß aufgelöst.

Volkschauspiel Detigheim

Die Gestalt des Tiroler Bauernführers Andreas Hofer ist in einem Grade volkstümlich, wie kaum eine andere Gestalt der Geschichte. Das Spiel vom Leben und Sterben dieses großen Mannes wird uns in diesem Sommer in Detigheim vorgeführt werden. Starke sind die Anklänge, die aus diesem historischen Drama in unsere Gegenwartzeit herüber leuchten, denn zwischen dem Ernst und Jetzt zeigen sich auffallende Ähnlichkeiten. Welches Drama wäre für das Spiel des Volkes zeitgemäßer, wie dieses Freiheitsdrama des Tiroler Volkes? Schon mit dem 1. Juni soll das Spiel beginnen. Die Bühne ist zu diesem Zwecke in eine Tiroler Landschaft umgewandelt. Der große Mittelbau stellt die Innsbrucker Hofburg dar, die der wirklichen Hofburg nachgebildet ist, rechts steht das freundliche Hoferhaus, dahinter die Dorfkirche, die linke Seite bildet eine Tiroler Berglandschaft, über deren Pracht das Auge trunken hinschweift. Zwischen Mitte und linker Seite erhebt sich ein steiler Felsen mit Abstürzen und Gängen, auf dessen Gipfel eine Kapelle steht. Ganz links oben ist die Alpenhütte, in der Andreas Hofer seine letzten Tage vor der Gefangennahme verbringt.

Stärker als bisher wird die reine Bühnenmusik zu Wort kommen, sie hat die Aufgabe, den einzelnen Szenen eine Untermauerung zu geben, die durch das Wort allein nicht erreicht wird. Die gesamte Musik, sowohl reine Bühnenmusik, wie Chöre und Reigen, liegt jetzt vollständig vor. Die Chöre sind bekannt und unbekannt den Werken unserer großen Meister entnommen, etliche Vieder sind auch uraltes tirolisches Volksgut. Die Bühnenmusik wurde vom Dirigenten des Volkschauspiels Axel Schaubert komponiert. Die Einleitungsmusik spielt drei Motive gegenüber aus: Das Hoferlied, das Deutschtirolerlied und die Marschmusik. Das Vorspiel wird mit Hornsignalen eröffnet, nach dem die Napoleonische Armee der Truppen unter Ruß, der Napoleonische Armee der böhmisches-französischen Armee in Tirol damit soll die Invasion der böhmisches-französischen Armee in Tirol angedeutet sein. Das eigentliche Hauptspiel beginnt mit einem Choral, die Kinderzene wird mit einem Kinderlied eingeleitet. Die Szene mit dem Feldwibel und dem Schmiede Alois Scheurer werden durch das berbe Stotlied des Schmiedes vorbereitet. Es folgt der Truppenmarsch ins Dorf mit Musik (Straßenszene). Die Gruppe Hoferinger singt bei ihrem Auftreten das alte historische Volkslied „Mullatlicher Höpennat“ des ersten Altens ist das Lied „vom Schmitter Tod“. Bei Beginn des Auf-

Reichskonferenz der christlichen Metallarbeiter für die Automobilindustrie

Heidelberg, 7. Mai. Hier fand eine vom Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands einberufene Reichskonferenz für die in der deutschen Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter statt. Bezirksleiter Landtagsabgeordneter Geigler-Stuttgart sprach über „Die Lage der deutschen Automobilindustrie — ihre wirtschaftliche und soziale Bedeutung“. Bezirksleiter Kreis-Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, über „Die deutsche Automobilindustrie durch Zölle zu verhehlen?“. Den mit starker Zustimmung aufgenommenen Bericht schloß sich eine rege Aussprache der Vertreter aus den verschiedenen Bezirken der Automobilindustrie an. Zur Annahme gelangte einstimmig eine Entschließung, worin ein Schußzoll gefordert wird, der eine Massenimport ausländischer Kraftwagen unterbindet. Der europäischen Wirtschaftssolidarität seien hierbei die Wege zu ebnen. Die Konferenz warnt Regierung und Parteien, die Ausdehnung des Autoverskehrs in Deutschland durch ungewöhnliche und ungerechtfertigt hohe Steuern und Abgaben zu hemmen oder gar zu unterbinden. Eine Reform der Besteuerung wird für dringend erforderlich erkannt.

○ **Friedrichsdorf, 7. Mai.** (Jubiläum.) Dieser Tage konnte Bräutigam Erich Walger in der Deutschen Steinzeugwarenfabrik sein 25jähriges Jubiläum begehen, aus welchem Anlaß ihm von allen Seiten herzliche Glückwünsche dargebracht wurden.

○ **Tauberschlusheim, 7. Mai.** (Verschiedenes.) Ein Sohn unserer Stadt, Franziskaerpaar Franz Vopp, konnte sein erstes h. Weihenfest in seiner Heimatstadt feiern. Der Neugeborene wird sehr wahrscheinlich weiterziehen und später in der inneren Mission berufen werden. — Die hiesige Oberpostmeisterstelle, die am 1. April freigeworden ist, hat dieser Tage wieder eine neue Besetzung gefunden. Der bisherige Oberpostmeister ernannt worden. — Beim Abblenden von Weißbrot kam ein Hühner aus Baden. Ein 18jähriger Junge konnte nicht mehr rechtzeitig beiseite springen und erlitt verschiedene Verletzungen, die seine Heilung an das Würzburger Julius-Spital notwendig machte. — Das hiesige Katasteramt 2, das nach den notwendigen Arbeiten aufgehoben werden soll, wird im kommenden Herbst sehr wahrscheinlich in das Kulturbaunamt eingereiht werden.

○ **Hannstadt (A. Tauberschlusheim), 7. Mai.** (Goldene Hochzeit.) Die Eheleute Landwirt Hügel konnten gestern ihre Goldene Hochzeit feiern. Die Jubilarin ist leider schon seit einigen Jahren erblindet und kann das Zimmer nicht mehr verlassen.

○ **Schillingsthal bei Forberg, 7. Mai.** (Einherbes Mißgeschick traf einen hiesigen Landwirt. Als er morgens den Hühnerstall öffnete, mußte er die unglückliche Entdeckung machen, daß seine sämtlichen 123 Hühner totgelegen im Stall lagen. Durch ein winziges Loch hatte sich ein Viehfliegen eingeschlichen und hatte ihnen die Gurgel abgegriffen.)

○ **Gernsbach, 7. Mai.** (Erweiterung der Schwimmbadanlage.) Die in Gernsbach seit Jahren geplante Vergrößerung des Schwimmbades und Sonnenbades im reizenden Jgelbachtal konnte dank der Stellung einer artsanfälligen Großindustrie vor einiger Zeit in Angriff genommen werden. Das Bad wird allen Anforderungen, die an ein neuzeitliches Schwimmbad gestellt werden müssen, entsprechen und das in Herrenabst. errichtete an Größe noch übertreffen.

Die Brandheute dauert an

Reichen (Amt Wilingen), 7. Mai. Heute nachmittag brannten hier zwei große Doppelhäuser nieder. Etwa um 4 Uhr entstand im zweiten Stock des Hauses des Landwirts Peter Ducker aus noch unbekannter Ursache ein Brand, der rasch auf das angebauten Anwesen des Landwirts Andreas Heber übergriff, so daß das ganze Haus im Augenblick in Flammen stand. Durch den Westwind waren zahlreiche umliegende Gebäude bedroht, so daß auch die Nachbarfeuerwehren alarmiert werden mußten. Kurz vor Eintreffen der Wilinger Motorspritze trieb ein Windstoß die Flammen auf das in der Nähe gelegene Doppelanwesen der Landwirte Meininger und Franz Zimmermann, das ebenfalls in kurzer Zeit einem Flammenmeer glich. Die Motorspritze konnte noch mit großer Mühe das danebenstehende Wohnhaus des Landwirts Heber retten, das auch schon Feuer gefangen hatte. Die beiden mit Schindeln bedeckten Anwesen sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt, während ein zwischen ihnen stehendes kleines Haus, das mit Ziegeln gedeckt war, verschont blieb. Die Fahrnisse konnten nur zum Teil gerettet werden. Der Schaden steht noch nicht fest.

○ **Sonzingen (Amt Donaueschingen), 7. Mai.** Heute früh 1/7 Uhr brannte das dem Vorstand des Bauernvereins, Ignaz Rieder, gehörende Wohn- und Oekonomiegäude nieder. Die Brandursache dürfte Kurzschluß sein. Das Inventar konnte nur zum Teil gerettet werden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 50 000 Mark.

Wetterbericht

Allgemeine Wetterübersicht. Karlsruhe, 7. Mai. Der tiefe Druck liegt heute morgen mit seinem Kern über Süddeutschland. In seinen Nöden strömt kühlere maritime Luft, die unter verbreiteten Niederdrücken bei uns eingebrungen ist. Auch morgen wird unsere Wetterlage von der in vielen Stadien nach Süden vordringenden Kaltluft bestimmt sein. Voraussichtliche Wetterlage für Donnerstag: Kühl und bewiegend trocken, vielfach regnerisch, besonders im Süden des Landes, nördliche Luftzufuhr. Wetterbericht des Reichs für Donnerstag: Kühl und bewiegend trocken, vielfach regnerisch, besonders im Süden des Landes, nördliche Luftzufuhr. Wetterbericht des Reichs für Donnerstag: Kühl und bewiegend trocken, vielfach regnerisch, besonders im Süden des Landes, nördliche Luftzufuhr.

Wetterbericht des Reichs für Donnerstag: Kühl und bewiegend trocken, vielfach regnerisch, besonders im Süden des Landes, nördliche Luftzufuhr. Wetterbericht des Reichs für Donnerstag: Kühl und bewiegend trocken, vielfach regnerisch, besonders im Süden des Landes, nördliche Luftzufuhr. Wetterbericht des Reichs für Donnerstag: Kühl und bewiegend trocken, vielfach regnerisch, besonders im Süden des Landes, nördliche Luftzufuhr.

D' Philippin' un' dr Schorsch!

Ein herzlicher Briefwechsel
von Euscht. Dintenmüller.
Gelübter Schorsch!

Wie lebst hier? — Dange scheen mir auch! Ich wann ich als andich tenke falls mir als immergleich ein daß ich widermal andich tenke muß und auch inden heite dein Geburzdag ist wodu gebooren bist was ich also henike mitmeiner Fehler entlich zum schreiben und hier gradbellere und liffe auf immerdar hier keine Zukunft was auch meine ist wenns gläubt denn mitzwei geheeren uns heiderseidig von Heris zu Heris hier einen emiden Bund zuschließen hier emiche Leben und hoffentlich drum briefe ich wer sich bindet ob sich sonst nidsch bessers finteil was ein glückliches Leben schließewill und ich midir ebenfals was ich hier wünschentu wenn die Schwallben heimwärtziehn im scheenschten Wiesengrunde denn die Treie ist kein Lehrerwahm von Schiller Seite 64 auch schigge ichdir zum Geburzdagwiegenfeste sieben Loose namens „Frohe Kindheit“ was ich gansdier wünsche mit zammen 21000 Gewinner und Nummer eins 6000 Marig was dich lieber Schorsch glücklichmachd bist dahid dich heimfichre am Traualbaar an unfern verschlungenen Fingern handinhand durchs Leben mit Sonnenschein und Glücklichsein nach der Lodderieziegung am 19. Mai diesemonats in Baargeld was ein Schlag ist in ungerm zuglünftigen Familienleben arm-inarm midieiner

Dreien lieben Philippin.

Gelübte Philippin!
Lieber Brautgah!

Ich tanke dir hier Mein Loos was du Mir beigeleht hast zum Brief und ich schigge dir ebenfals ein Loos „Frohe Kindheit“ denn scheen ist die Jugend sie kommt nicht meer und Nummer zwei gewinnt eine Dreiwohnungszimmereinrichtung was mir brauchen und alte Liebe toltet nicht auch wenns gewinnt und Nummer drei ein Defaweh-Ludo hier eine vierstündige Familie mit Bierabtrems was ich dir wünsche gans von Herzen hier unfer Gid in Wert von 2285 Marig und Nummer vier ein Sallontanoglabierstiegl 4 R. S. mit Innensteuerung wofier ich dir herzlich tanke was am 19. Mai in diesem Jammerdahl oder dorez fir unfer brauchbares Leben in diesem Jammerdahl oder fünf Nähmaschinen oder ein Speichzimmer hier eine Soareh abends was mir abdann machen oder es ist nichtz mit Rosen ohne Toren was dir wünsch!

Dein ewidher Schorsch und Gruß!

Windthorstbund Karlsruhe

Mit Rücksicht auf die am Freitag stattfindende Vorstandssitzung des Ortsauschusses kann die Bundestätigkeit erst am Freitag, den 16. Mai, wieder aufgenommen werden.

Vom Caritaswaldheim

Am 15. Mai wird das Waldheim des Caritasverbandes, das in den letzten Jahren so vielen Karlsruher Kindern eine Stätte der Freude gewesen ist, wieder eröffnet. Zunächst sollen Kleinkinder von 3-6 Jahren dort Gelegenheit haben, sich in der frischen Waldluft bei guter Verpflegung zu erholen. Die Eltern der Kinder und alle, denen die Sorge um die Kinder anvertraut ist, seien auf das Heim aufmerksam gemacht und gebeten, die Kinder sofort im Caritassekretariat, Sofienstraße 33, anzumelden. Auch für die große Schulförderkolonie im August und September werden jetzt schon Anmeldungen entgegengenommen. Die Stadtschularztstelle wird in den nächsten Tagen an alle Eltern von erholungsbedürftigen Kindern Anmeldekarten für die örtliche Erholungsstätte versenden, worin die Eltern gebeten werden, anzugeben, in welches der hier bestehenden Waldheime sie ihre Kinder untergebracht haben möchten. Es ist für katholische Eltern selbstverständlich, daß für ihre Kinder nur ein Waldheim in Frage kommen kann, dasjenige des Caritasverbandes, wo ihre Kinder im Geiste unseres katholischen Glaubens betreut werden. Man kann Erholung und Erziehung nicht trennen, und es ist selbstverständlich, daß katholische Kinder nur dort ganze Ferienereise durchmachen, wo diese Ferienereise von katholischen Glaubensgenossen durchführt ist. Darum muß es in diesem Jahre unbedingt Ziel unserer Ferienerholung sein: Alle katholischen Kinder in das katholische Waldheim! Der Caritasverband wird seine Ferienerholung bis August soweit ausbauen, daß in diesem Jahre kein Kind zurückgewiesen werden muß, das eine Ferienerholung im Wald nötig hat. Möchten alle Eltern und Erzieher mithelfen, recht vielen armen Kindern den Weg ins Caritaswaldheim zu bahnen, das dann auch in diesem Jahre wieder allen, die kommen, ein rechter Gesundbrunnen der Freude werden kann!

Internationale Ringkämpfe im Kolosseum.

Der 5. Abend sah folgende Paarungen: der gewandte Holländer v. Dycklam mit dem Sudetenländer Bachraty zusammen; die beiden sympathischen Ringer trennten sich nach 25 Minuten unentschieden. Der kräftige und schnelle Stolzenwald besiegte im Entscheidungskampf nach einer Gesamtzeit von 52 Minuten den etwas langsamen Jilch. Der Entscheidungskampf Wehrmann-Grunewald mußte wegen Eintritts der Polizeistunde ohne Resultat abgebrochen werden (er wird demnächst wiederholt), nachdem vorher der Riese Kop sich 25 Minuten mit dem unfairen Budrus (Litauen) abgeplagt hatte und ihm einmal Respekt beibrachte, ohne ihn allerdings besiegen zu können.

Am 6. Abend trennte sich Bachraty von dem neu eingetroffenen Sachs (Bayern) nach einem technisch blendenden Kampf unentschieden. Ebenso gelang es Kop nicht Wehrmann in 25 Minuten auf beide Schultern zu zwingen. Stolzenwald ist dem Leichteren v. Dyck körperlich zu überlegen, so daß er ihn bereits nach 9 Minuten besiegte. Budrus brauchte eine Gesamtzeit von 52 Minuten um im Entscheidungskampf Jilch durch einen Ausheber mit nachfolgender Mühe auf die Matte zu bringen, wobei er sich wieder sehr unportlich benahm, so daß er eine Geldstrafe von 20 RM. erhielt.

Im Kaufhaus Cich kann man im vierten Stock eine Ausstellung bewundern, die in bunter Reihenfolge Bade- und Strandanzüge enthält. Die Sache ist sehr geschmackvoll aufgemacht. Besonders die Strandbälle sind sehenswert. Die Ausstellung zeigt alles, was ein Rappenwörterbucher wünscht. Interessant ist auch die Darstellung der Entwicklung des Badeanzuges, die noch zugleich einen Rückblick auf die gute alte Zeit mit ihren besseren Sitten gewährt. Wie gesagt, man fühlt sich wie in Rappenwört, nur fehlt die strahlende Sonne zu diesen leichten Kostümmchen, und man friert fast, wenn man hier höchste Sommerkleidung sieht und draußen ein so unfreundliches kühles Wetter herrscht.

Babisches Landestheater. Marcel Pagnol, der Verfasser der von Bruno Frank ins Deutsche übertragenen Komödie „Marius“, die am Samstag, den 10. Mai, zur hiesigen Erstaufführung kommt, ist unserm Theaterpublikum im vorigen Jahr durch das Pallenberg-Gastspiel mit seiner Komödie „Das große ABC“ bekannt geworden. Diesmal bietet er ein Volkstück, das zwar nichts mit der sozialen Satire des früheren Werkes zu tun hat, aber auf anderem Felde sein liebenswürdiges Talent zeigt. — Die Titelrolle des Marzeller Schankwirt Johannes „Marius“ spielt Alfons Kloeble. — Am Montag, den 12. Mai, wird in Abänderung des Spielplans in Plagmiete 25 „Marius“ von Pagnol gegeben.

Der Mordprozess Werner

am 12. Mai

Montag, den 12. Mai d. J., vormittags 8 Uhr, beginnt vor dem Schwurgericht Karlsruhe unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Rudmann die auf vier bis fünf Tage berechnete Verhandlung gegen den Karlsruher Kriminalkommissar Karl Werner und gegen die Ehefrau Luise Merkle. Gegen beide ist Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes erhoben. Angesichts des wachsenden Interesses, welches das Publikum, nicht nur in Karlsruhe selbst, an diesem Prozess und seinem Ausgang nimmt, dürfte der Fall zu einem der größten Sensationsprozesse werden, die in den letzten Jahren in Baden verhandelt wurden und man ist geneigt, Parallelen zum Fall Hau, der im Jahre 1907 die Öffentlichkeit beschäftigte, zu ziehen. So wie damals, ist auch in diesem Jahre mit einem außergewöhnlich starken Andrang des Publikums zu rechnen, so daß man sich entschlossen hat, den Zugang zum Schwurgerichtssaal nur gegen Karten zu gestatten. Es werden mehrere hundert Karten ausgegeben. Ohne eine solche Karte wird niemand den Verhandlungssaal betreten dürfen.

Zu der Verhandlung sind bis jetzt 66 Zeugen geladen. Als ärztlicher Sachverständiger werden Dr. Schwarzacher, Dr. Gronover, der Bezirksarzt und Dr. Schmeider der Verhandlung anzuwohnen. Den ersten Verhandlungstag wird die Vernehmung der beiden Angeklagten Werner und Merkle ausfüllen. Die Anklage wird Erster Staatsanwalt Dr. Pfeiffer vertreten. Den Angeklagten stehen als Verteidiger die bekannten Karlsruher Rechtsanwälte Hoffmann und Veit zur Seite.

Werner und Frau Merkle wurden bekanntlich am 20. Juni vorigen Jahres auf eine Anzeige des Ehemanns der Frau Merkle, die dieser bei der Karlsruher Kriminalpolizei erstattete, unter dem Verdacht des Gattenmordes verhaftet. Der Ehemann Merkle schöpfte Verdacht aus den Kriminalkommissar Werner belästigten Briefen, die er in der Handtasche seiner Frau fand, als er sie im Krankenhause besuchte. Frau Werner wurde in anonymen Briefen von dem leichtsinnigen und treulosen Verhalten ihres Gatten Mitteilung gemacht. Seit Jahren machte Werner Schulden bei Schulden; zahlreiche Bekannte von ihm, die ihm, einem Kriminalbeamten, Vertrauen schenken und mit Darlehen ausfallen, wurden durch ihn geschädigt. Im Verlaufe der ausgedehnten Voruntersuchung wurde festgestellt, daß Frau Merkle einen Giftschein zur Beschaffung von Rattengift (Arfen) beim Bezirksamt

beantragte. Dieser Giftschein wurde ihr am 1. Mai vorigen Jahres ausgehändigt und sie besorgte das „Rattengift“ in der hiesigen Stadtapotheke. Werner will das Gift bei ihr stehen gesehen und es an sich genommen haben, damit kein Unheil geschehen solle. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß seine Frau das Gift aus seiner Handtasche genommen und Selbstmord begangen habe. Selbstmordversuche seien bei seiner Frau schon früher vorgekommen. Ein Abschiedsbrief, der darüber hätte Klarheit geben können, wurde nicht vorgefunden. Frau Merkle will von Werner veranlaßt worden sein, das Arfen zu beschaffen. Auf die Frage nach dem Zweck soll er ausweichende Antworten gegeben haben.

Frau Werner starb am 7. Mai. Nach der ursprünglichen ärztlichen Annahme ist der Tod der Leidenden gewesenen Frau eingetreten, weil sie auf Obst Bier getrunken und sich den Magen verdoeben hatte. Der nach der Verhaftung Werners vorgenommene Sektionsbefund hat jedoch einwandfrei Arsenvergiftung als Todesursache ergeben. Frau Merkle behauptete, der Tod der Frau Werner sei ihr verdächtig vorgekommen und es seien ihr Gewissensbisse gekommen, ob Werner nicht seine Frau vergiftet hätte. Werner habe ihr das ausgedreht. Als Tag der Tat wird der 5. Mai vorigen Jahres angenommen. Nach dem Tode seiner Frau zeigte sich Werner als aufrichtig trauernder Ehemann und beteuerte auch Bekannten gegenüber, wie nahe ihm der Tod seiner Frau ginge. Mithalten traf diejenigen, die Werner kannten, die Nachricht von seiner Verhaftung, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Selbst am Tage vor seiner Verhaftung — man hatte ihn vom Dienste suspendiert, aber den Dienstrevolver gelassen — konnte man keine Veränderung in seinem Wesen wahrnehmen.

Ob sich der schwere Verdacht, der gegen die beiden Angeklagten vorliegt, behändigen wird, wird die eingehende Beweisaufnahme ergeben, die auf breiter Basis geführt werden dürfte. Als Zeugen sind übrigens auch eine Reihe Kriminalbeamte geladen, außerdem eine Kartenlegerin, die Werner bei der Geldbeschaffung behilflich war und bei der er sich einmal die Karten legen ließ. Sie soll ihm prophezeit haben, daß er in eine Gerichtsverhandlung verwickelt werde. Offen bleibt die Frage, ob ein Giftandrit eines der Angeklagten den schwierigen Fall klären wird, bei dem sich die Anklage vorwiegend auf Indizien stützt.

Die Feuerwehr übt

Am Montagabend wurde in Gegenwart des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Finter, des Herrn Bürgermeisters Schneider, einer großen Anzahl von Stadträten und Stadtverordneten die Vorführung der Fein-Feuerwehr, Kompanie Innenstadt, vorgenommen.

Pünktlich um 6 Uhr, wie festgesetzt, wurde trotz strömenden Gewitterregens mit den Übungen begonnen. Es arbeitete zunächst die erste Lafettenmotorpumpen-Abteilung des Löschzugs Gaswerthof. Das Wasser wurde durch Saugleitung einem Tiefbrunnen mit 7,80 Meter Saughöhe entnommen, einer langen Druckleitung von 75 Millimeter dem Verteilungstisch vor der gedachten Brandstelle stehend, unter 10 Atmosphären Druck ausgeführt. Eine der Leitungen wurde zur Bekämpfung eines Kellerbrandes an den Rauchschutzapparat „König“ mit Verteilungsanlage angeschlossen. Die nächste Übung zeigte das Arbeiten der Lafettenpumpenabteilungen III und IV der Innenstadt-Kompanie. Als Nächstes wurde modernstes Gasdruckgerät vorgeführt von vier Mann des Gasdrucktrupps. Es war zu diesem Zweck das dritte und vierte Obergeschloß des Steigerhauses bezw. die Entlüftung der beiden Obergeschosse sowie die Bergung der in diesen Obergeschossen befindlichen Rauchbergfisten wurde durchgeführt. Sodann trat eine Abteilung der Steiger in Tätigkeit. Den Schluß bildete ein Rettungsmanöver mit dem Sprungtuch, das zwei in rascher Folge aus verhöhlenen Fenstern herausgespringende in Sicherheit aufnahm. Inzwischen hatte sich der Himmel wieder geklärt und in tadellosem Zuge setzte sich die junge 150 Mann starke Freiwillige Feuerwehr Innenstadt unter den Klängen schneidiger Märsche der unter Musikdirektor Vergang geführten Fein-Feuerwehrkapelle nach dem Schrempfischen Saale im Kolosseum in Marsch. In weit über 100 Übungen im Lauf des letzten Jahres hat sich die Wehr unter dem städtischen Branddirektor geführt und ist heute jederzeit in der Lage, die Berufsfeuerwehr wirksam zu unterstützen. Um 9 Uhr rückte die Wehr mit ihrer Kapelle wieder nach der Feuerwache Ritterstraße ab.

Sie machen Ihrem Gatten eine große Freude, wenn Sie ihm eine Rasierklinge verschaffen, die seinen Bart glatt, sauber und vor allen Dingen schmerzlos rasiert. Nach den Erfahrungen des bewährten Fachgeschäftes für Solinger Stahlwaren Ernst Kraß, Waldstraße 41, gegenüber der Hofapotheke, sagt die „Star“-Klinge den härtesten Bart spielend weg. Um jedermann einen Versuch zu ermöglichen, gibt die Firma Kraß bis auf weiteres eine Probe-„Star“-Apparat mit einer Klinge für 30 Pfg. ab. Beachten Sie bitte die Schaufenster.

Geschäftliches

Jederzeit und mit kleinstem Aufwand ist es möglich, sich eine feine Bouillon zu bereiten, wenn man Maggi's Fleischbrümmüffel im Haushalt hat. Man löst den Würfel einfach in 1/2 Liter kochendem Wasser auf, und die Bouillon ist fertig. Sie läßt sich zu Trinks- und Kochzwecken genau so gebrauchen, wie die in üblicher Art hergestellte Fleischbrühe. Der Name Maggi bürgt für Qualität.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge

Sterbefälle und Beerdigungszeit. 6. Mai. Eduard Czuelich, Ehemann, Hausinspektor, 57 Jahre. 8. Mai, 14.30 Uhr. — Magdalena Weder, Ehefrau von Hermann Weder, Dachdecker, 86 Jahre. 9. Mai, 18 Uhr. — Rosa Seidel, Ehefrau von Rajpar Seidel, Bäckermeister, 49 Jahre, Stuppisch. — 7. Mai. Karl Welter, Ehemann, Schuhmachermeister, 85 Jahre, Beerdigung. — Ludwig Ruppel, Ehemann, Stadtarbeiter a. D., 88 Jahre. 9. Mai, 14 Uhr.

Tages-Anzeiger

für Donnerstag, den 8. Mai 1930.

Babisches Landestheater. 20-22 Uhr: „Angelina“. Colosseum. 20% Uhr: Internationale Kämpfe. Kaffee Bauer. Gesellschafts-Langabend. Kathol. Männerverein Karlsruhe-West. 20% Uhr: Vereinsabend im Felsenheim. Babischer Kunstverein, Waldstraße 3. Gedächtnis-Ausstellung 10-13 und 15-17 Uhr.

Amtliche Anzeigen.

Die polizeiliche Meldestelle betr.

Wegen Reinigung der Diensträume bleiben die polizeiliche Meldestelle und das Bobbüro am Samstag, den 10. Mai 1930,

geschlossen.

Karlsruhe, den 2. Mai 1930. O.S. 29.

Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Für den Maimonat:

empfehlen wir für

Kirchenbüchse

Bred. Karl. Hedra Friedenskämpferin, 1. oder 2. Stimmige Chorleiter. Parititur — 30. Stimme — 10.

Hofmayer, Karl, op. 21. „Es schallt der Glocken gedülliger Mund“, 4stimmiges Marienlied. Parititur — 20. Stimme — 20.

Wagner, Berthold, Ave Maria, 12 einstimmige Frauen- oder Männerchor mit Orgel, oder für Sopran, Alt (Tenor) und Bass ohne Orgel. Parititur Nr. 1.80. Stimme — 40.

Belgel, Wilhelm, 2 leichte Marienlieder für 2stimmigen Frauen- oder Männerchor mit Orgel oder Harmonium. Parititur — 30. Stimme — 15.

Stegler, Ede, op. 23. Hier lichte ich Mutter, vor deinem Bild, Gotteslied für Sopranstimme, aber für dreistimmigen Frauenchor, mit Orgel- oder Klavierbegleitung. Parititur — 50. Stimme — 25.

Stegler, Ede, Katholische Kirchenlieder nicht Responsorien für gemischten Chor bzw. drei- und zweistimmigen Männer- oder Frauenchor. Parititur Nr. 1.75 (Bartendruck). Orgel bzw. Harmonium-Begleitung Nr. 1.50.

Anschaffungsbedingungen und Paritituren haben auf kurze Zeit gerne zur Verfügung! Bitte sofort zu bestellen!

Badenia, H.-G. Verlag Karlsruhe

und Druckerei

Blütenschnee

Dr. Thompson's
Seifenpulver

Anerkannt
beides billigstes
und bequemstes
Wäsch- und
Reinigungsmittel

250g Füllgewicht
Preis 30 Pfennig

Ergiebige, kräftige Lauge, das Haupt-erfordernis für eine gute Wäsche, erhalten Sie durch Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan. Schwanpulver ist das anerkannt gute, sparsame und billige Waschmittel. Verwenden Sie dazu Seife zum Bleichen, und Sie werden stets erfreut sein über die blütenweiße, frisch duftende Wäsche, die Sie erzielen.

Seit 50 Jahren stets bewährt

**Dr. Thompson's
Seifenpulver**

mit dem Schwan.

HANDEL - WIRTSCHAFT - VERKEHR

Die Reparationsanleihe

Hat Deutschland Interesse an einem niedrigen Zinsfuß?

In dieser und den kommenden Wochen werden von der Bank für Internationale Zahlungen (BIZ) die Vorbereitungen für die Auflegung der großen Reparationsanleihe getroffen, von der zunächst 12 Milliarden Mark in fast einem Dutzend Ländern dem Publikum zur Zeichnung angeboten werden. Der dritte Teil der Anleihe wird bekanntlich an die deutsche Reichsbahn und Post weiter gegeben, zwei Drittel bekommen unsere Gläubiger, vornehmlich Frankreich. Während für diese die Bank für Internationale Zahlungen die Zinsen mit unseren Reparationen tilgt, müssen Reichsbahn und Post sie selbst bezahlen. Deutschland hat also ein erhebliches Interesse an der Festsetzung der Zinshöhe, nicht nur für den deutschen Anteil, sondern für die ganze Anleihe. Gewiß könnte es uns gleich sein, ob die Bank für Internationale Zahlungen mit unseren Reparationen hohe oder niedrige Zinsen zu bezahlen hat; unsere Verpflichtungen werden dadurch nicht höher aber auch nicht geringer. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß wie bei der Reparationsanleihe im Jahre 1924, der Zinsfuß der Riesenanleihe maßgebend sein wird für alle künftigen Anleihen, die Deutschland geben werden. Wiederholt mußten deutsche Anleihebesitzer in den letzten Wochen vom Ausland, besonders von Amerika, die Antwort entgegennehmen, daß man für Kapitalanlagen in Deutschland durchaus Interesse habe, daß aber Abschlüsse erst betätigt werden können, nachdem die Reparationsanleihe untergebracht sei. Man will diese also bewußt erst abwarten.

Von dem Zinsfuß der neuen Anleihe wird es aber dann abhängen, wieviel Zinsen Deutschland in Zukunft für seine Aus-

landsanleihen, auf die es immer noch angewiesen ist, zu bezahlen hat, wieviel von seinem Arbeitsertrag als Zinsdienst an fremde Völker abgeführt werden muß. Sollte der Zinssatz, wie wir hoffen, tatsächlich günstiger angesetzt werden als er bisher für Auslandsanleihen galt, so wird davon zweifellos eine **Neubelebung in unserer Volkswirtschaft** zu erwarten sein. Bekanntlich hat der hohe heimische Zins für langfristig aufzunehmendes Kapital, der nichts anderes als ein Zeichen großer, unbefriedigter Nachfrage war, die Unternehmeregier und Unternehmungslust sehr in ihrer Entfaltung gehemmt. Auch das Institut für Konjunkturforschung meinte kürzlich, daß im auffallenden Gegensatz zu früher heute die Unternehmer in ihren Dispositionen sehr zurückhaltend seien, da die damals eingeführten technischen Verbesserungen nicht immer den erwarteten wirtschaftlichen Erfolg hatten. Gewiß hat diese Zurückhaltung in den letzten politisch so bewegten Monaten auch nichts geschadet. Es melden sich jedoch bereits die ersten Boten (billiges Geld sinkende Rohstoffpreise!) die auf die **Möglichkeiten neuer Unternehmertätigkeiten** hinweisen. Eine günstige Lösung der internationalen Zins- und Kapitalfragen würden zweifellos, zumal wenn sie von einer einigermaßen erträglichen Lösung der noch schwebenden finanz- und sozialpolitischen Fragen begleitet wäre, einen neuen Schritt vorwärts bedeuten. Es wäre damit das Vertrauen in die **Stabilität unserer wirtschaftlichen Verhältnisse** gestärkt und damit ein neuer Anreiz gegeben, frische Unternehmungslust zur Entfaltung zu bringen.

Wirtschaftsschau

Guter Saatensatz im Deutschen Reich

Durch die vorherrschend milde Witterung in Verbindung mit reichlichen Niederschlägen ist, wie das Stat. Reichsammt mitteilt, das Pflanzenwachstum im April allgemein gefördert worden. Der Stand der Wintersaaten wird durchweg befriedigend beurteilt. Für Sommersaaten ist die Aussaat allenthalben durchgeführt. Junge Saaten laufen im allgemeinen gut und schnell auf. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 gleich gut, 3 gleich mittel und 4 gleich gering ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende **Begutachtung**: Winterroggen 2,4 (Vormonat 2,5), Winterweizen 2,8 (2,5), Winterpelz 2,4 (2,5), Wintergerste 2,5 (2,7), Klee 2,6, Luzerne 2,4, Bewässerungswiesen 2,8, andere Wiesen 2,5. Die **Ueberwinterungsschäden** halten sich beim Wintergetreide in engen Grenzen. Im Reichsdurchschnitt betragen die Umpflügungen (in Prozenten der Anbaufrucht): In Winterroggen 0,1 (i. V. 1,8), Winterweizen 0,7 (0,8), Winterpelz 0,9 (0,9), Wintergerste 0,2 (1,8), Klee 1,2 (1,5), Luzerne 1,5 (2,7).

Rekordpfandbriefabsatz

Seit einigen Monaten hat eine nie erwartete Nachfrage nach Pfandbriefen eingesetzt. Viele Institute mußten den Verkauf zeitweise einstellen, da es nicht möglich war, das nötige Material an erstinstelligen Hypotheken, das für den Pfandbriefumlauf nötig ist, herbeizuschaffen. Ziffernmäßig wird dieser erhöhte Absatz aber erst jetzt bekannt, durch die jetzt vorliegenden Nachweisungen der Bodenkreditinstitute für den Monat März. Danach ist die Absatzausweitung weit über das gemeinhin angenommene Maß hinausgegangen.

Der **Bruttoverkauf an Pfandbriefen** hat im März mit 287,9 Mill. Reichsmark einen seit langem nicht mehr gekannten Höchststand erreicht. Im März 1929 beispielsweise betrug der Bruttoverkauf nur 81,7 Mill. RM. Der Abgang durch Rückkauf und Tilgung hat sich mit 81,8 Mill. RM. sogar um fast 10 Mill. RM. unter dem Vorjahresniveau gehalten. Bei den Kommunalobligationen läßt sich nur eine erheblich geringere Umlaufzunahme feststellen. Der **Bruttoabsatz** betrug hier im März 86,2 Mill. RM. gegen 82,9 Mill. RM. im Vorjahr, allerdings hat sich der Abgang mit 6,4 Mill. RM. erheblich niedriger gestellt als im März 1929 (22,9 Mill. RM.). Bei dem geringen Kommunalobligationengeschäft muß man berücksichtigen, daß das Hauptinteresse des Marktes sich auf Pfandbriefe mit ihren Sicherungen konzentriert (22,9 Mill. RM.). Bei dem geringen Kommunalobligationengeschäft mag das ihrige zu dieser Vernachlässigung beigetragen haben. Bei dem starken Anwachsen der Pfandbriefumlaufziffern muß man berücksichtigen, daß hierbei in sehr großem Umfange die Banken und sonstigen Kreditinstitute Vorkäufe zum späteren Absatz an ihre Kundschaft getätigt haben. Interessant ist, daß im Hypothekengeschäft die **städtischen Beleihungen** von 7 Mill. RM. (im Vormonat Zugang 7 Mill. RM.) aufweisen, während die landwirtschaftlichen Beleihungen einen Abgang von 7 Mill. RM. (im Vormonat Zugang 7 Mill. RM.) aufweisen.

Erhöhter Spargelanbau.

Nach Mitteilungen des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbauers wurden in der Vorkriegszeit in Deutschland jährlich 24 000 Morgen Spargel gestochen. Im Jahre 1930 kamen 72 000 Morgen Spargel zum Stechen. Es ist daher kein Wunder, daß sich der Spargelerzeuger eine Unruhe bemächtigt. Neben dem Absatz an Konservenfabriken wurde der Spargel auf dem Frischmarkt bisher nur von einer begrenzten Käuferschicht gekauft. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dem Spargel bei entsprechenden Maßnahmen seitens der Erzeugerschicht zu erschließen. Dies kann durch **sorgfältigste Sortierung** geschehen. Wenn man drei Sortierungen vornimmt, so wird voraussichtlich der alte Käuferkreis des Spargels die erste Sorte kaufen und dafür auch Preise anlegen, die dem früheren Durchschnittspreis entsprechen, wobei er aber heute eine bessere Qualität erhält. Die zweite Sorte wird starke Aufnahme finden in den Kreisen, die bisher nur selten Spargel gekauft haben. Durch die große Masse der Verbraucherschicht wird es möglich sein, bei entsprechenden Preisen große Mengen der 3. Qualität als Gemüsespargel absetzen zu können. (Wd.)

Grün & Biffinger, Mannheim.

Der bereits bekannte Abschluß per 31. Dezember 1929, der eine von 12 auf 14 Prozent erhöhte Dividende aus 1 381 656 (1 258 110) RM. Reingewinn vorsieht, wurde einstimmig genehmigt. Das satzungsgemäß ausscheidende Aufsichtsratsmitglied, Professor Dr.-Ing. e. h. G. de Thierry-Berlin, wurde wiedergewählt. Ueber das laufende Geschäftsjahr wurden über das im Bericht bereits Mitgeteilte, wonach die Gesellschaft einen guten Auftragsbestand in das Jahr 1930 hinübernehmen konnte, nicht gemacht.

Sanierung der Badischen Uhrenfabrik Furtwangen.

In der GV. wurde die Sanierung der Gesellschaft durch Zusammenlegung des Aktienkapitals von 400 000 auf 40 000 RM. unter gleichzeitiger Wiedererhöhung auf 200 000 RM. einstimmig genehmigt. Die dadurch notwendige Beschaffung neuen Kapitals ist bereits gesichert. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde der badische Landtagspräsident Duffner, sowie Rechtsanwalt Dr. Zutt-Mannheim.

Kraftübertragungswerk Rheinfelden. Die G.V. beschloß wieder 10 Prozent Dividende auf das erhöhte Aktienkapital von 15 (12) Mill. Reichsmark. Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres teilte die Verwaltung mit, daß die durch den Friedensvertrag von Versailles festgelegte Stromlieferung der Gesellschaft an die Forces Motrices du Haut-Rhin S.A. in Mülhausen am 10. Januar abgelaufen sei. Die hierdurch freigeordnete Leitung von 6400 Kilowatt sei inzwischen zu angemessenen Preisen verwertet worden. Im laufenden Geschäftsjahr könne voraussichtlich etwa mit dem gleichen Ergebnis wie im Berichtsjahr gerechnet werden. Die Bauarbeiten beim Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt und beim Schluchseewerk schreitene programmäßig voran.

Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Asbest-Fabrik A.-G. Mannheim. In der Generalversammlung wurden die Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt; nach 156 642 RM. Abschreibungen, davon 73 000 RM. außerordentliche, verbleibt ein Reingewinn von 2133 RM., der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Insolvenz einer Mannheimer Lederhandlung. Die Firma Hugo Sternheimer u. Co., Lederhandlung in Mannheim, befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten und strebt einen Vergleich auf der Basis von 50 Prozent an. Die Passiven werden auf 15 000 RM. geschätzt. Bemüht wird sich um eine außergerichtliche Erledigung.

Spinnerei Ettlingen wieder dividendenlos. Die Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen (Baden) bleibt für 1929 weiter ohne Dividende. Es ist ein Verlust entstanden, der vorgetragen werden soll.

Die badischen Genossenschaftsbanken.

Die in den Verbänden der ober- und unterbadischen Kreditgenossenschaften vereinigten Genossenschaftsbanken weisen per Februar 1930 an Spareinlagen (alles in Millionen RM.) 73,6 (am 31. Dezember 1929 70,8) an Kontokorrenteinlagen 26,6 (27,7) aus. Andererseits betragen unter den Aktiven die Außenstände 104,5 (100,5).

Börsen

Berlin, 7. Mai. Leichtes Geld und festere Auslandsbörsen hatten schon im heutigen Vormittagsverkehr eine freundliche Stimmung aufkommen lassen. Ferner beeinflussten der Geschäftsbericht der J. G. Farben, der bei stark verringerter Belegschaft einen etwa vor Vorjahreshöhe gehaltenen Erfolg aufweist, und die gemeldete Schwachstromtransaktion Lorenz-Standard Electric die Tendenz im günstigen Sinne. Gegenüber den festeren Vorbörsentaxen enttäuschten die ersten Notierungen zwar etwas, lagen aber bei der Mehrzahl der Papiere immer noch bis zu 1 Prozent über dem gestrigen Schluß. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auch weiterhin auf festverzinsliche Werte, und nur der Anlagemarkt hatte lebhafteres Geschäft aufzuweisen. Ueber den allgemeinen Rahmen hinaus lagen Kalkaktien auffällig schwach und gaben 2-3 Prozent nach. Auf die Dividendenreduktion von 9 auf 7 Prozent verlor Hirsch Kupfer 3 1/2 Proz. Andererseits erfuhr Lorenz auf die erwähnte Transaktion eine stärkere Befestigung, um 4 1/2 Prozent, Ryvenska lagen auf festere Auslandsmeldungen

Firmenwahrheit und Firmenklarheit

Wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, liegt nach dem Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit den Handelskammern die Verpflichtung ob, die Registergerichte (Amtsgerichte) bei der Führung der Handelsregister zu unterstützen. Aufgabe der Handelskammern ist es darnach, insbesondere Anträge auf Neueintragung, Aenderung und Löschung von Firmen zu stellen und zu der Frage der Zulässigkeit von Firmenbezeichnungen Stellung zu nehmen. Damit soll dem Grundsatz „Firmenwahrheit und Firmenklarheit“ Rechnung getragen werden. Von dieser Tätigkeit, die im Interesse der Allgemeinheit von den Handelskammern geleistet wird, tritt aber nur selten etwas an die Öffentlichkeit. Im folgenden soll daher ein allgemein interessierender Fall zur Kenntnis gebracht werden:

Ein Lederwarengeschäft, das hauptsächlich nur billigere Lederwaren von geringerer Qualität und auch Lederwaren zum Verkauf brachte, die nicht in Offenbach hergestellt werden, führte den Firmenzusatz „**Offenbacher Lederwarenvertrieb**“. In Fachkreisen ist man aber der Meinung, daß ein Lederwarengeschäft, welches die Bezeichnung „**Offenbacher Lederwarenvertrieb**“ führt großen Umlauf haben und in den hauptsächlichsten Erzeugnissen der Offenbacher Lederwarenindustrie eine große Auswahl unterhalten muß. Ein Geschäft, in dem nur kleine Mengen und unbedeutende Artikel Offenbacher Art, womöglich noch geringer Qualität zum Verkauf kommen, kann auf die erwähnte Bezeichnung nach Ansicht dieser Kreise jedenfalls keinen Anspruch machen. Wesentlich ist ferner, daß die Bezeichnung „**Offenbacher Lederwaren**“ von Fachkreisen als **Qualitätsbegriff** angesehen wird. Infolgedessen wird von einem Geschäft, das in seiner Reklame auf den Verkauf Offenbacher Lederwaren hinweist, erwartet, daß es durch Art und Größe, Gewähr dafür bietet, daß in ihm die Produktion der Offenbacher Lederwarenindustrie in ihren charakteristischen Erzeugnissen, hinsichtlich Menge und Qualität eine angemessene Vertretung findet.

Da dies nach Ansicht der Handelskammer in dem geschiederten Falle nicht zutrifft und daher der erwähnte Firmenzusatz „**Offenbacher Lederwarenvertrieb**“ zu Unrecht geführt wurde und Anlaß zu Täuschungen geben konnte, stellte die Kammer bei dem zuständigen Amtsgericht den Antrag, den Firmennhaber zur Aenderung der Firma zu veranlassen. Diesem Antrag hat das Gericht nach Anhörung eines Sachverständigen und nach Beibringung eines weiteren Gutachtens, das insbesondere die Ansicht der Offenbacher Lederwarenindustrie zum Ausdruck brachte, entsprochen. Nach der darnach ergangenen Entscheidung ist in dem genannten Falle dem Firmennhaber das Führen des Firmenzusatzes „**Offenbacher Lederwarenvertrieb**“ untersagt worden.

5 1/2 Mark höher, Siemens zogen um 2 1/2 Prozent an. **Vogel Telegraph**, die gestern schon als Schwachstromwert durch Festigkeit besonders auffielen, erschienen heute mit Pluszeichen und mußten bis zur Kassanotiz ausgesetzt werden, die Taxen bewegten sich um 85 Prozent.

Frankfurt (Main), 7. Mai. An der Abendbörse war die Stimmung wieder freundlicher, ohne daß jedoch das Geschäft anfangs lebhafter gewesen wäre. Eine Anregung boten die New Yorker Anfangskurse und die Kulisse nahm im Verlauf des einzelnen Werten Deckungen vor. Gegenüber dem Berliner Schluß waren die Kursveränderungen gering. Leicht gedrückt eröffneten J. G. Farben, doch konnte dieses Papier bei etwas lebhafter Nachfrage später 1 Prozent gewinnen. Auch Karstadt lagen 1 Prozent fester und die Schiffahrtswerte waren weiter erhöht. Schuckert und Rheinstahl notierten etwas niedriger. Auch am Rentenmarkt war die Umsatzfähigkeit ziemlich lebhaft, Neubestanzleihen lagen etwas niedriger, während Altbestitz weiter anziehen konnte. Der französische Frank notierte 16,485.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 7. Mai. Weizen, märk. 288 bis 287, Mai 291,50-292, Juli 298,50, September 264-263,50, Roggen, märk. 159-164, Mai 169-167,50, Juli 178-175,50, Sept. 182-181, Braugerste 192-208, Industrie- und Futtergerste 176 bis 188, Hafer, märk. 157-163, Mai 169-167,50, Juli 178-175, September 173,50, Weizenmehl 31,75-40, Roggenmehl 23-26, Weizenkleie 9,25-9,75, Roggenkleie 9,75-10, Viktoriaerbsen 24,50-30, Kleine Speiseerbsen 21-24, Futtererbsen 18-19, Peluschken 17-19, Ackerbohnen 15,50-17, Wicken 19-22,50, Lupinen, blaue 15-16, desgl. gelbe 20-22,50, Seradella, neue 28,50-31, Rapskuchen 12,75-13,75, Leinkuchen 18-18,50, Trokenschnitzel incl. 8,20-8,70, Soyaextractionschrot 13,50-14,20, Kartoffelflocken 15-15,50.

Berliner Metallbörse vom 7. Mai. Elektrolytkupfer 123,75, Raffinadekupfer 108-110, Standardkupfer 95-96, Standardblei 33,25-33,75, Original-Hütten-Aluminium in Blöcken 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Rennickel 350, Antimon-Regulus 59-61, Silber i. Barr. per kg. 57,50-59,50, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28-29,50, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 5-7.

Karlsruher Produktenbörse vom 7. Mai. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel: Der Weizenmarkt ist fester. Roggen, Hafer und Braugerste umsatzlos. Futtermittel sind weiter matt.

Süddeutscher Weizen Durchschnittsqualität der Ernte 1929 81-81,50, deutscher Roggen Durchschnittsqualität der Ernte 1929 19, Braugerste, je nach Qualität 22-23,75, Sortier-Futtergerste 17,75-20, deutscher Hafer, gelb oder weiß, je nach Qualität 18,50-19,50, Weizenmehl, Mühlenforderung, einschl. Zolllzuschlag 45, Roggenmehl 60/65 Prozent je nach Fabrikat 28,50-30,50, Weizenbollmehl (Futtermehl) je nach Fabr. prompt 11-11,50, Weizenkleie, fein, pr. 8-8,50, Weizenkleie, grob, prompt 9,50-10,50, Bierterbe, je nach Qualität, prompt 11,50-12,50, Malzkeime, je nach Qualität 10,50-12,50, Trokenschnitzel, lose, je nach Fabrikat 9-9,25, Erdnußkuchen, lose, deutsche, prompte Lieferung 13,50-14, Erdnußkuchen, lose, franz. prompte Lieferung 16, Kokoskuchen, je nach Fabrikat 14,50-15, Soyaschrot, südd. Fabrikat, je nach Lieferz. 14,50-15, Linkuchenmehl, je nach Fabrikat 19-20, Speisekartoffel, gelbfl. 5,50, desgl. weißfl. 4. — **Rauhfuttermittel:** Losee Wiesenheu, gut, gesund, trocken 6,50-7, Rotkleeheu 7,50-8, Luzerne, je nach Qualität 8-8,50, Stroh, drahtgepreßt, je nach Qualität 5,50.

Alles per 100 Kilo. Mühlenfabrikate, Mais, Bierterbe und Malzkeime mit Getreide und Trokenschnitzel ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge.

Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten.

Abteilung Weine und Spirituosen: Weine: Die geringe Belegung hält an. Sie beschränkt sich auf kleine Konsumweine. In besseren Sachen stockt der Absatz nach wie vor.

Spirituosen: Das Geschäft in Edelbranntweinen ist, auch im Schwarzwald, unverändert ruhig.



Rechts-Beratung

durch

Schwäbische Treuhand Akt. Ges.

Königin-Olga-Bau Stuttgart Telefon 26031-34

